

MOMENT

Gazette für Menschenrechte 3/2008
Herausgeberin: SOS Mitmensch,
Postfach 220, A-1070 Wien,
www.moment.at



Gazette für Menschenrechte #12



PARTY AUF PUMP

Wie uns der Süden finanziert

GEGEN DIE WAND

Rathaus lässt NGOs anrennen

MELKEN FÜR ÖSTERREICH

Der blau-grüne Milch-Deal

DER WIRTSCHAFTSFLÜCHTLING

WANN WIRD FLUCHT VOR ARMUT ANERKANNT?





Der Inselstaat Kiribati in Ozeanien wird im Jahr 2050 vom Meer verschluckt sein. Und seine BewohnerInnen? Wann werden wir Klima- und Wirtschaftsflucht als legitim anerkennen?
Bild: Petra Ramsauer

Liebe Leserin Lieber Leser

Immer wieder gibt es öffentliche Debatten über die „wahren“ Hintergründe von Flüchtlingen. Ist jemand vor politischer Verfolgung geflohen oder einfach „nur“ aus wirtschaftlichen Gründen? Oft hat es dabei den Anschein, als wäre Flucht vor Bedrohung oder Krieg ein edleres Motiv, als vor Armut auszuwandern. Während die Waren grenzenlos über den Erdball zirkulieren und Bürger der Europäischen Union beanspruchen, überall auf der Welt reisen und arbeiten zu können, gilt das für Entwicklungsländer nicht. Bevor die EU-Regierungen ihre rigiden Grenzregime für „Wirtschaftsflüchtlinge“ lockern, zahlen sie, wie Beat Weber ausführt, lieber Entwicklungshilfe und damit auch „Geld fürs Daheimbleiben“. Buchautor Klaus Werner wundert sich im Gespräch mit Maria Sterkl aber, warum ausgerechnet im Bereich der Arbeitsmigration der Glaube an das freie Kräftespiel von Angebot und Nachfrage verloren geht. Dennoch, prognostiziert der britische Ökonom Nigel Harris, wird schon bald das Zeitalter freier Arbeitsmigration anbrechen. Österreich selbst ist stolz auf seine ArbeitsmigrantInnen. Na gut, nicht so sehr auf die, die ins Land gekommen sind, sondern jene, die es verlassen haben. Arnold Schwarzenegger ist wahrscheinlich der berühmteste Wirtschaftsflüchtling. Seinen Wohlstand hat er zu Beginn mit Immobilien erwirtschaftet, in Österreich waren ihm Ende der 60er Jahre offenbar die Chancen dafür zu gering. Auch in Afrika gibt es – lesen Sie Patricia Karners Uganda-Reportage - viele Menschen mit guter Ausbildung, die auch auf ihre Chance warten.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgeßell

P.S. Wir wollen mit unserer Freude nicht hinterm Berg halten: MOMENT wird immer öfter nicht nur gelesen sondern auch gekauft. Die tapferen KolporteurInnen der Bunten Zeitung haben von der letzten Ausgabe Nr.11 unglaubliche 17.000 Stück vertrieben (Das, obwohl die Hälfte der Auflage großen Tageszeitungen beiliegt). Würde neben dem Kolportage-Anteil nicht auch ein Teil an MOMENT zurückfließen, wir würden es vielleicht selbst nicht glauben...

INHALTSVERZEICHNIS

IMPRESSUM

MOMENT REDAKTION: c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15, 1070 Wien, T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00 - 9, redaktion@moment.at, www.moment.at **REDAKTION:** Chefredakteur: Gunnar Landsgesell (gun), Bernhard Kummer (Bilder), Petja Dimitrova (Illustrationen), Philipp Sonderegger (phs), Paul Sturm (Bilder), Sabine Zhang

AUTORINNEN DIESER AUSGABE: Eva Bachinger, Andreas Bachmann (aba), Mark Hammer, Patricia Karner, Petra Ramsauer, Martin Schenk, Franz Schnabl, Maria Sterkl, Beat Weber, Michael Weiß (MW), Sabine Zhang.

PROJEKTLEITUNG: Sabine Zhang

COVERBILD: Getty Images

LEKTORAT: Bettina Müller

GRAFIK: Kevin Goll **DRUCK:**

Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Pulverturmstraße 3A, A-1090 Wien **ANZEIGEN:** Bianca Wawra, anzeigen@moment.at

T +43 1 524 99 00 - 40, **ABOS:** Sabine Zhang, abos@moment.at, T +43 1 524 99 00 - 66 **VERTRIEB:** Der Standard (40.000 Stück), KolporteurInnen der Bunten Zeitung (17.000 Stück), freie Verteilung (20.000 Stück)

AUFLAGE: 77.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Postfach 220, 1070 Wien, T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00 - 9, office@sosmitmensch.at http://www.sosmitmensch.at, ZVR: 22747570

SPENDEN: PSK 60000

Kto 91.000.590

OFFENLEGUNG: MOMENT

ist das Medium von SOS Mitmensch gegen Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den UrheberInnen. Falls kein/e UrheberIn ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.



14 PERSPEKTIVENWECHSEL

Autor Klaus Werner über die Schattenseiten der Konzernpolitik, unsichtbare Geldströme und den Schmah der Corporate Social Responsibility.



32 A FAIRE MILCH

Grüne und Blaue haben gegen den schwarzen Bauernbund einen neuen Milchpakt geschlossen. Gibt es Milch auch ohne Patriotismus?

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

7 REAKTIONEN

8 HANDLUNGSBEDARF

ÖVP auf Provokationskurs
Die Wiederkehr der Warteschlange

9 HANDLUNGSBEDARF

Klimawandel: Wenn ein Staat verschwindet
Von Petra Ramsauer

Dossier

10 INS REICH DER TRÄUME

Nicht jede Flucht aus Afrika erfolgt aus Hunger. Ugandas Mittelschicht ist auf der Suche nach dem guten Leben.
Reportage von Patricia Karner

14 BESSER ALS ENTWICKLUNGSHILFE

Erfolgsbuchautor Klaus Werner erklärt, wieso MigrantInnen mehr leisten als internationale Hilfsprogramme.
Interview von Maria Sterkl

17 SO WIE SCHWARZENEGGER

Ein Wirtschaftsflüchtling als Erfolgsmodell

18 TASCHEN VOLLER SILBERSCHEIBEN

Wie ein südchinesischer Bauer von Wien aus die Zukunft seiner Kinder sichert.
Reportage von Sabine Zhang

20 GELD FÜRS DAHEIMBLEIBEN

Der Global Marshall Plan soll die Wirtschaft des Südens ankurbeln. Von Reisefreiheit ist dabei keine Rede.
Von Beat Weber

22 GRENZEN FALLEN

Der britische Ökonom Nigel Harris sieht nach der Reise- die Arbeitsfreiheit kommen.

24 POSTER





10 MITTELSCHICHT GIBT GAS

In Ugandas Hauptstadt Kampala gibt es alles, von Fernsehern bis zu schmucken Autos – in den Auslagen. Um sich etwas leisten zu können, suchen auch viele gut Ausgebildete als Wirtschaftsflüchtlinge ihr Glück.



28 GEGEN DIE WAND

Die Stadt Wien lässt NGOs bei Finanzansuchen immer häufiger anrennen. Ist das Rathaus an einem kritischen Milieu überhaupt noch interessiert?

Welt

27 WELT-NEWS

Polnische Installateure verlassen England
Pogrome gegen Roma: Österreich schweigt.

28 DIE SOZIAL-MONOPOLISTEN

Wie die Stadt Wien NGOs den Geldhahn
abdreht und lieber einsam regiert.
Von Eva Bachinger.

32 MELKEN FÜR ÖSTERREICH

Die IG Milch wirbt mit „A faire Milch“
und erstaunt durch eine grün-blaue Allianz.
Von Mark Hammer und Gunnar Landsgesell.

34 DIE ETHNO-FALLE

MigrantInnen erobern mediale Räume -
indem sie soziale Probleme kulturalisieren.
Von Gunnar Landsgesell

Rubriken

37 NGO-NEWS

Gezwitscher aus der Zivilgesellschaft
Pogrome gegen Roma: Oberwart spricht.

38 NEUES VON DER BOCK

Seltsames Spiel: Familien verschicken.
Gemeindewohnung: Nur für Gesunde

39 POPULÄRKULTUR

Buch, Film, Internet.

41 POPULÄR GESEHEN

Krocha – ein Arbeiterkultur-Phänomen.
Kolumne von Martin Schenk.

43 SPOTLIGHT

Wildplakatieren mit Gerhard.
Andreas Bachmann über einen Straßenkämpfer

45 SOS MITMENSCH

Wie der Asylgerichtshof verteidigt wurde

46 ANDERE ÜBER...

Gastkommentar von Franz Schnabl:
Der Ex-Polizei-Chef über den Reform-
stau bei der Exekutive.

Pflegefall Österreich

Versagen des Staates

Gratulation für Ihre Artikel zum Thema Pflege. Jetzt wurde auch einmal ein anderes Schlaglicht auf die Problematik geworfen. Auch wenn es, selbst wenn die Frauen aus Osteuropa „schwarz“ arbeiten (müssen), diesen noch mehr Geld bringt als Jobs in ihren Herkunftsländern, so stimmt es, dass der Gesamtsituation ein regelrechtes Versagen des Sozialstaates Österreich zugrunde liegt.

Mit besten Grüßen,
Marianne T., 1160 Wien

Pflegefall Österreich

EU-konform?

Euer Dossier zur Pflege, insbesondere der Vergleich mit der deutschen Sozialstaat- und Gewerkschaftskultur hat doch einiges über das politische Verständnis in Österreich erzählt. Ich bin gespannt, wann die EU das Zwei-Klassen-Lohnsystem, wie Ihr es bezeichnet, beanstanden wird.

Beste Grüße,
Günther, per Email

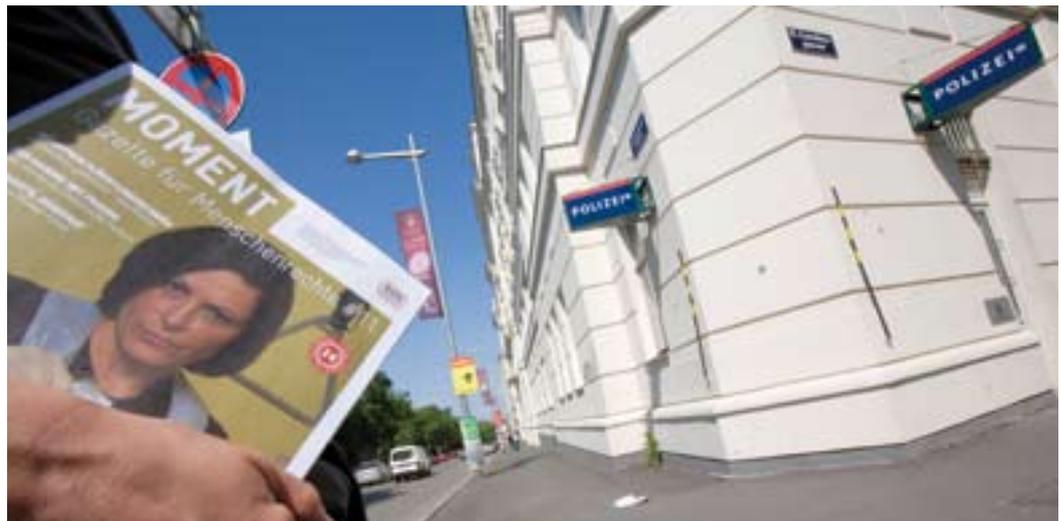
Rechtsfreies Kärnten

Flüchtlinge präventiv abschieben

Darf Haider alles?
Best, W.G., per Email

Freie Religionsausübung
Gegen Minarette

In einer „Gazette für Menschenrechte“ würde ich mir erwarten, dass berechtigte Sorgen von österreichischen Bischöfen, dass der Bau von Minaretten eher die Stimmung gegen Moslems



Wo wurde diese Ausgabe von Moment gesehen?

Schreiben Sie an redaktion@moment.at. Zu gewinnen gibt's zwei Abos von MOMENT.

Bild: Paul Sturm

anheizt als dass er Miteinander und Verstehen fördert, nicht sofort als Verfassungsfeindlichkeit diskreditiert wird, sondern als freie Meinungsäußerung aufgegriffen wird. Schließlich hilft niemand ein Minarett, das Menschen verfeindet. Noch entsetzter war ich dann aber über den Aufruf zum MayDay, der ja bekanntlich in Wien heuer sehr gewaltsam begangen wurde. Allein der letzte Satz – „mit allen Mitteln, die dazu notwendig sind“ lässt erkennen, dass die May-Day-Vertreter auch gegen fundamentale Menschenrechte zu verstoßen bereit sind. Ich war bisher von SOS Mitmensch überzeugt – nun bin ich es nicht mehr. Mit enttäuschten Grüßen,
Monika K., per Email

Arbeitsmigration

Für Österreicher positiv besetzt

Erstmal Gratulation für die Zeitung, die eigentlich oft interessante Ansätze findet. Deshalb hier auch gleich mein Gedanke: Wenn es um Migranten geht, die ihr Land verlassen und nach Österreich zur Arbeit kommen, hat das in den Medien und öffentlichen Debatten immer einen eher negativen Beigeschmack. Aber wenn ein Österreicher ins Ausland, sagen wir nach Schweden oder in die USA geht, dann klingt da immer ein Stolz mit. Wieso wird das eine so abwertend beurteilt und wenn's um uns selbst geht, als Leistung??

Viele Grüße,
Conny N., per Email

Bleiberecht

Kommentar Alfons Haider

Beim Kommentar der Anderen von Alfons Haider über Arigona Zogaj geht nicht klar hervor, ob er jetzt nur ablehnt, dass sie und ihre Familie abgeschoben werden. Haider ist ja immerhin der Pate von Arigona. Oder setzt er sich grundsätzlich dafür ein, dass Leute, die geflüchtet sind und seit Jahren in Österreich eine sichere Zuflucht gefunden haben, vielleicht auch ihre Kinder schon seit Jahren in Österreich in die Schule gehen, dass diese Menschen hier bleiben? Das wäre schon interessant gewesen, das in seinem Kommentar zu erfahren. Oder hat er Angst, sich dazu zu bekennen? Mit freundlichen Grüßen,
Gerald N., per Email

MIGRATION

Bei dummen Vorschlägen Ruhe bewahren

Wie die ÖVP mit absurden Provokationen eine sachliche Würdigung ihrer Integrationspolitik abwenden will.

Bloß nicht provozieren lassen. Innenminister Günther Platter und Vizekanzler Willi Molterer fordern, dass die Familienzusammenführung an bereits im Ausland erworbene Sprachkenntnisse geknüpft werden soll. Eine Forderung, die ein richtiges Ziel mit untauglichen und rechtswidrigen Maßnahmen sowie einer ordentlichen Portion Ressentiment verknüpft. Die ÖVP-StrategInnen erhoffen sich davon eine ähnliche Empörung wie sie weiland durch den Beschluss des Integrationsvertrags ausgelöst wurde. Eine sachliche Debatte über die dür-

ren Integrationsvorhaben, die bislang präsentiert wurden, dürfte den Schwarzen nicht gelegen kommen. Viel lieber würden sie den KritikerInnen des absurden Vorschlags vorhalten: „Wie kann man nur dagegen sein, dass MigrantInnen deutsch lernen“.

Tatsächlich gibt es viele gute Argumente gegen den Vorschlag. Ökonomisch gesehen stellt die neue Anforderung für Reich und Schön ein geringes Problem dar. Aber für benachteiligte Gruppen kann Deutsch zu lernen eine unüberwindbare Hürde sein. Vom lernwissenschaftlichen Standpunkt aus

gelingt Spracherwerb am leichtesten in Verbindung mit der Sprachpraxis – in einem Umfeld, das statt Fehler zu bestrafen den Fortschritt lobt. Das rechtsstaatliche Argument wiegt sicherlich am schwersten: Familienzusammenführung gründet auf dem Menschenrecht auf Privat- und Familienleben. Es ist äußerst fraglich, ob dies an derart restriktive Bedingungen geknüpft werden darf. KritikerInnen des Vorschlags sei jedenfalls geraten, das Ziel außer Streit zu stellen und dann gut zu erklären, warum die Maßnahme nichts taugt. *phs*

NEOLIBERALISMUS

Hinten anstellen!

Einst als Merkmal des Kommunismus verspottet, feiert die Warteschlange ihr Comeback in der Marktwirtschaft.

Wen es heute auf ein Postamt verschlägt, dem/r drängt sich der Verdacht auf, der Kommunismus habe den Kapitalismus besiegt und nicht umgekehrt. Galten doch Warteschlangen bei Geschäften als Alleinstellungsmerkmal der Planwirtschaft. Aber das war vor dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Nachdem dieses Wirtschaftssystem angeblich von der Marktwirtschaft besiegt wurde, zeigt der Kapitalismus wieder einmal, was seine stärkste Waffe ist: Die Fähigkeit, alles zu integrieren und der kommerziellen Logik zu unterwerfen – selbst

Warteschlangen. Zehn Wartende pro Abfertigungsschalter sind in Wiener Postfilialen eher die Regel als die Ausnahme.

Weil der Staat ein schlechter Unternehmer sei, wurde die Post im Jahr 2006 teilprivatisiert. Seither können die neuen EigentümerInnen beweisen, dass sie schlechte ArbeitgeberInnen sind. Postbedienstete müssen die Schalterarbeit nunmehr stehend verrichten. Anstrengend für die MitarbeiterInnen – aber ein Genuss für die KundInnen: Laut Umfragen schätzen PostkundInnen die Wartezeiten plötzlich kürzer ein. Wer's kauft, wird selig! *phs*



Loyal, neoliberal: Warten auf andere Zeiten.

NEUE WELTORDNUNG

Flucht vor dem Klima

Schon jetzt ist absehbar: Die Klimaerwärmung wird Hunderte Millionen Menschen in die Flucht treiben. Wohin gehen sie? Wann wird Klimaflucht rechtlich anerkannt? Text, Bild: Petra Ramsauer



Tony Kamwatie mit Familie: Wohin? Im Jahr 2050 existiert der Inselstaat Kiribati nicht mehr.

Tony Kamwatie ist manchmal unendlich wütend, meistens aber nur verzweifelt. Immer wieder hat er diese Fragen gestellt: „Was wird aus einem wie mir, wenn das Land, wo mein Haus steht, untergeht? Mein Grundstück Meeresboden wird? Wer wird mich entschädigen? Wo gehöre ich hin, wenn der Staat, der mir meinen Pass ausstellt, nicht mehr existiert?“ – Er wiederholte sie ungehalten für mich, als ich ihn auf Kiribati traf, dem südpazifischen Inselstaat, der – noch – seine Heimat ist.

Eine Antwort sind ihm alle schuldig geblieben: Sein Präsident, die wohlmeinenden Helfer aus Übersee, die langsam auf Kiribati eintreffen, Topjuristen, Politiker, die Einwanderungsbehörden der Industrieländer, an die er schrieb. Niemand weiß, wie wir

mit „Klimaflüchtlingen“ umgehen werden, die wegen Dürren, Unwetterserien oder steigendem Meeresspiegel ihr Zuhause verlieren. Einzig das EU-AußenvertreterInnen-Duo Benita Ferrero-Waldner und Javier Solana widmete sich großzügig dem Thema. Im Februar verliehen die beiden dem Klimawandel offiziell den Status des Sicherheitsrisikos. Begründung: Millionen so genannter Klimaflüchtlinge könnten Europa geradezu „überfluten“, werden Treibhausgas-Emissionen nicht rasch reduziert.

Doch jener gesichtslos gehaltenen Maske, die zum neuen Schreckgespenst stilisiert wird, bleibt jede juristische und politische Anerkennung ihrer unverschuldeten Not verweigert. Dies, obwohl jene Menschen, die am wenigsten CO₂ in die Atmosphäre

schleudern, das höchste Risiko tragen, vielleicht sogar ihr Leben zu verlieren.

Unterdessen verharrt Tony Kamwatie mit Frau und fünf Kindern in seinem Haus auf Kiribati und sieht zu, wie der steigende Wasserpegel den Ozean tiefer ins Land treibt. Laut Weltbank-ExpertInnen wird der Inselstaat, Heimat von knapp 100.000 Menschen, im Jahr 2050 zur Hälfte überflutet sein. Dann ist Tony Kamwatie sechzig.

Und dann? Würde er, sagen wir, nach Europa flüchten? Was wäre er dann? Jedenfalls kein Flüchtling, sagt die entsprechende Konvention. Er wird ja politisch nicht verfolgt. Also auch kein Klimaflüchtling. Rein juristisch kann es diese ja nicht geben. Könnte man ihn also zurückschicken, abschieben, nach Kiribati? Ins Meer?

Schon in wenigen Jahren werden in manchen Ländern Afrikas die Ernten um bis zu fünfzig Prozent zurückgehen. Was passiert mit jenen, denen steigende Temperaturen, das instabile Klima, blanker Hunger oder Wassernot jede Chance auf das Überleben nimmt?

Laut ExpertInnen des Roten Kreuz fällt schon seit Jahren jeder zweite Flüchtling in die Kategorie Klimaflüchtling – aber niemand wagt es, sich so zu nennen, weil damit jede Chance auf Asyl vertan ist. Ab 2050 könnten bis 200 Millionen Menschen in jene Zonen der Erde wandern, die noch bewohnbar sind, prognostiziert die Hilfsorganisation CARE. Noch höhere Zäune um Europa und High-Tech-Militärflotten im Mittelmeer sind keine Antwort, wenn Fragen wie jene Tony Kamwaties millionenfach gestellt werden: Was wird aus mir und meiner Existenz?

Petra Ramsauer ist Auslandsreporterin von NEWS und Ko-Autorin des Buches: Die Klima-Revolution. So retten wir die Welt (Deuticke Verlag 2007)

Ugandas Mittelschicht: Auf der Suche nach dem guten Leben.

WIRTSCHAFTSFLUCHT AUF NACH EUROPA!

Michael Sematimba ist gut ausgebildet, dennoch will er nach Europa gehen. Nicht aus Hunger, sondern für ein gutes Leben. Das möchten viele. Was genau sie antreibt, weiß Patricia Karner. Eine Reportage aus Ugandas Hauptstadt Kampala.

Text: Patricia Karner, Bilder: Patricia Karner, Georg Hauger

Überleben“, sagt Michael Sematimba, „reicht nicht mehr. Amerikanische Filme führen uns doch ständig vor, was wir uns alles nicht leisten können. Zumindest nicht als kleine Angestellte. Vielleicht, wenn ich für eine dieser internationalen Organisationen arbeiten würde.“ Der Absolvent der Wirtschaftswissenschaften findet es grundsätzlich gar nicht schlecht in Kampala, der Hauptstadt Ugandas, zu leben. Der Großteil seiner neun Geschwister hat studiert, seine Eltern sind aufgrund ihrer Rinderzucht und Ländereien gut situiert. „Aber“, meint der 26-Jährige, „woanders ist es vielleicht besser..., leichter.“ Deshalb hat Michael beschlossen, einen Ausweg zu suchen. Wenn sich eine Chance bietet, dann werde er sie nutzen. Arbeitsmigration ist für viele ein Weg, den sie ohne sich umzuwenden beschreiten. Hinter der Migration steckt



Fluchtgedanken: Aber nicht um jeden Preis.



Mopedfahren in Kampala: Trotz guter Ausbildung reicht es selten für ein Auto.

üblicherweise die Armut. In diesem Fall ist Armut aber relativ, in Uganda dominiert nicht der Kampf ums Überleben, sondern der Wunsch nach mehr. – Die Verlockung, dass es in Europa leichter und schneller möglich ist, wohlhabend zu werden, treibt die Leute an: zur Wirtschaftsfucht.

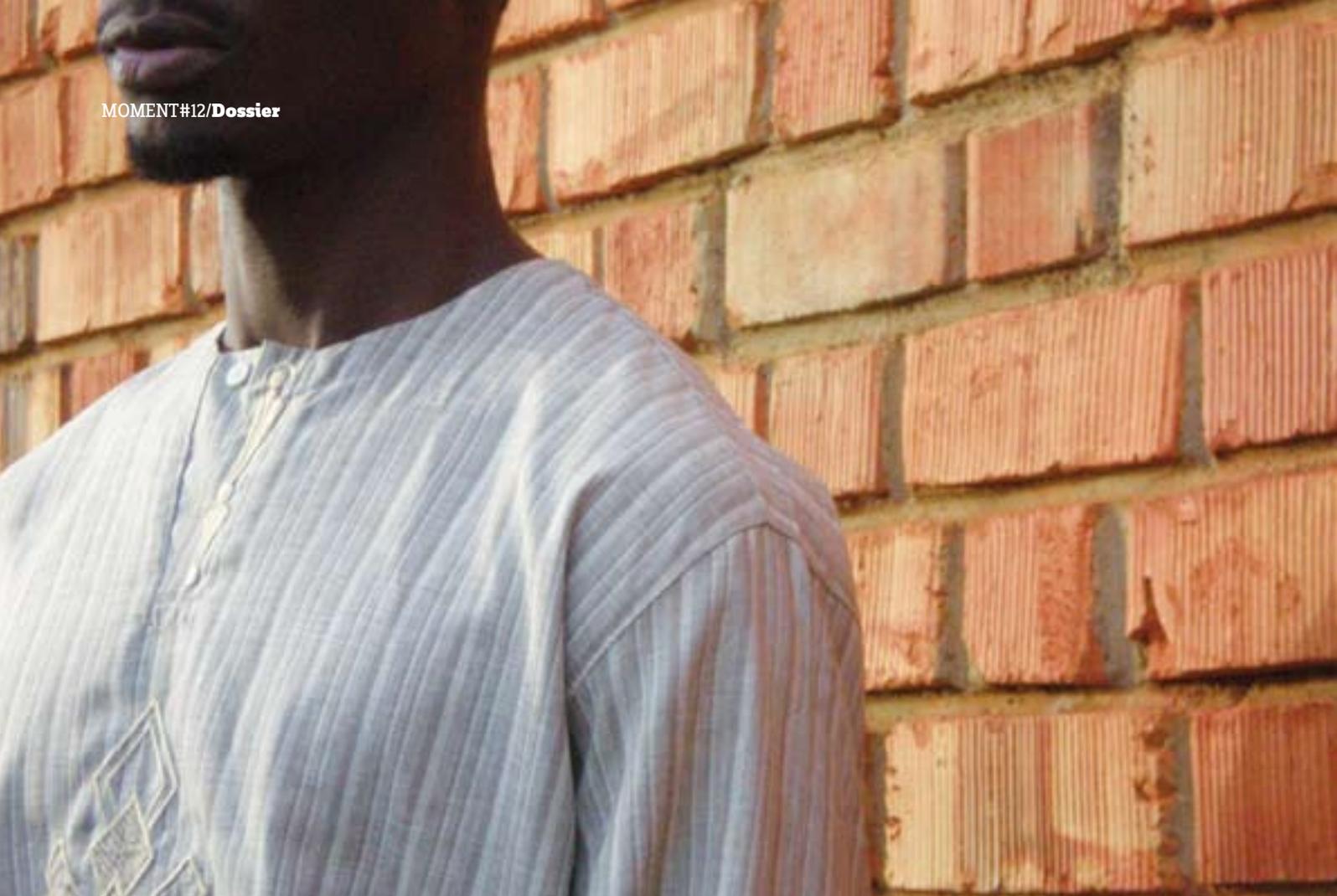
Kenias Nachbarstaat verfügt über eine relativ breite Mittelschicht. Das heißt, viele junge Menschen stehen einem knapp dimensionierten Arbeitsmarkt gegenüber. Wer findig ist, schafft sich selbst einen Job, baut sich ein Geschäft auf. Jene, denen das nötige Kapital fehlt, müssen sich unter ihren Erwartungen zufrieden geben. Vielen fällt das zunehmend schwer. Auch Michael schlägt sich von einem Job zum nächsten durch, zu einer festen Anstellung hat er es bislang aber nicht geschafft.

Bei einem Spaziergang durch das Zentrum von Kampala findet sich alles, was bislang nur aus den Medien bekannt war. Das Stadtbild verändert sich zunehmend, wird moderner, vielfältiger. Von Cineplex über Pizzeria und belgische Schokolade, alles erhältlich. Der Haken daran: eine Kinokarte, eine Pizza oder eine Tafel Schokolade kosten hier etwa das halbe Monatsgehalt einer Kellnerin, ein Viertel eines Lehrers und immerhin noch ein fünfzehntel eines Anwalts.

So wie viele in Uganda kennt auch Michael jemanden, der es geschafft hat. „Ich habe eine Cousine, die als Krankenschwester in England arbeitet. Sie hat mich eingeladen. Ich warte nur noch bis ich genügend Geld für den Flug habe.“ Die Cousine versucht, ihre Familie zu unterstützen so gut sie kann. Auch, indem sie zur Migration verhilft. So wie sie denken viele und bilden zusammen

ein Netzwerk der Migration. Ohne Verbindungen bliebe den meisten der Schritt verwehrt. Dabei weiß trotzdem kaum jemand, was ihn oder sie erwartet. Europa kennt Michael nur aus Erzählungen: „Aber was ich höre, gefällt mir.“ Für ihn zählt nur eins, er will Geld verdienen. „Selbst, wenn ich in Europa einen schlechten Job habe, kann ich damit reich werden. Zurück in Uganda wird mich niemand fragen, wie ich mein Geld verdient habe. Ob als Straßenkehrer oder sonst was.“

Mittelschicht migriert Es sind nicht die Armen, sondern vor allem Mitglieder der Mittelschicht, die am häufigsten migrieren. Sie wollen ihren sozialen Status verbessern. Dafür riskiert man nicht sein Leben, viele wandern legal aus, beantragen ein Visum, folgen ihren Verwandten. Uganda ist des-



Michael Sematimba: Trotz Wirtschaftsstudium noch keine Anstellung gefunden.

halb weniger ein Land dramatischer Fluchtgeschichten als der Arbeitsmigration. Es sind lediglich die Ärmsten der Gesellschaft die zu einer lebensgefährlichen Flucht bereit sind, wie sie zumeist in westlichen Medien beschrieben werden: als blinde Passagiere in Flugzeugfrachträumen oder auf klapprigen Booten. Wer überlebt, landet oft in Abschiebelagern. Uganda ist ein verhältnismäßig wohlhabendes Land – und nur wenige teilen ein solch drastisches Schicksal. Dennoch können auch hier Menschen von Verwandten berichten, von denen sie nach dem Abschied nie wieder etwas gehört haben.

Norman Kibuuka, 45, lebt seit vier Jahren in Europa, wo er als Taxifahrer arbeitet. „Mein Bruder war der erste, der ins Ausland gegangen ist. Ich dachte damals noch, dass er verrückt sei. Wie kann nur jemand seine Heimat verlassen? Heute kommt es mir vor als sei ich selbst bereits eine Ewigkeit weg. Ich habe mich schnell überzeugen lassen.“ Die Suche nach Arbeit und damit Wohlstand scheint untrennbar mit Migration verknüpft. Das Bild, das Medien zeichnen, lässt den Westen golden strahlen. Aber auch jene AusländerInnen, die das Stadtbild Kampalas

entscheidend mitprägen. In schicken Autos quälen sie sich durch die Straßen und verbrauchen in teuren Restaurants an einem Abend ein ugandisches Monatsgehalt. Als DiplomatInnen und MitarbeiterInnen internationaler Organisationen und NGOs leben

sie in einem elitären Kreis und vermitteln leicht den Eindruck, das sei normal. Viele UganderInnen eifern ihnen nach.

„Ich kann mich noch erinnern, dass ich mir immer gedacht habe, die Länder der Bazungu (der Weißen, Anm.) müssen sehr



Stadt mit breiter Mittelschicht und bescheidenem Wohlstand: Kampala, Ugandas Hauptstadt.



Wer geht, wer bleibt? Reich werden in Uganda nur die Wenigsten.

reich sein.“, meint Herr Kibuuka. Dass in Wien Menschen auf der Straße leben, obdachlos sind und um Essen betteln, glaubt hier in Uganda niemand. Österreich ist reich. Für Schulen und Krankenhäuser muss nicht bezahlt werden, Verkehrsampeln und Straßenbeleuchtung funktionieren, Polizei und Beamtenschaft erhalten am Monatsende pünktlich ihren Lohn. Dass dafür weniger die Großzügigkeit der Regierung als gesellschaftlicher Reichtum, Verteilungsgerechtigkeit und ein ausgeklügeltes Steuersystem verantwortlich sind, ist kaum jemandem bewusst.

„Als mein Bruder damals begann Geld zu schicken um seine Frau, die in Uganda geblieben war, zu unterstützen war mir klar, dass auch ich auswandern muss. Was hilft es wenn ich zwar bei meiner Familie bin, ihnen aber nichts bieten kann?“ Mit Hilfe seines Bruders bekam Herr Kibuuka zuerst ein Touristenvisum und blieb dann illegal im Land. „Ich bin gewohnt hart zu arbeiten und habe bald eine Stelle als Taxifahrer gefunden. Ich war früher Lehrer. Als Taxifahrer verdiene ich aber viel mehr. Den Großteil meines Gehalts schicke ich jeden

Monat nach Hause zu meiner Familie. Seit ich weg bin habe ich sie nicht gesehen, aber das muss ich in Kauf nehmen.“

AUSWANDERUNG IST KEIN PHÄNOMEN STRUKTURSCHWACHER LÄNDER MEHR. AUCH INDUSTRIENATIONEN KENNEN DEN FAKTOR WIRTSCHAFTSFLUCHT.

Auswanderung als Antwort auf wirtschaftliche Missstände ist schon lange kein reines Phänomen strukturschwacher Länder mehr. Auch Industrienationen kennen den Faktor Wirtschaftsflucht. Nur ist nicht jeder bereit Familie und Freunde zu verlassen, um in einem fremden Land einen neuen Anfang zu wagen. In Uganda planen die meisten Wirtschaftsflüchtlinge, auf Zeit zu migrieren. Immer mit dem Ziel so schnell wie möglich, nachdem das Haus gebaut und die Kinder auf gute Schulen geschickt wurden, zurück zu kommen. Und ein gutes Leben zu führen.

„In vier Jahren habe ich genug verdient

um neben den monatlichen Ausgaben ein Stück Land in Uganda zu kaufen und ein Haus zu bauen. Ich habe mehr für meine Familie erreicht als ich mit dem Lebensgehalt eines ugandischen Lehrers erreicht hätte.“ ist Herr Kibuuka stolz. „Ich habe den Schritt meinem Bruder zu folgen nie bereut obwohl ich mich auf den Tag freue, an dem ich nach Uganda zurück fliegen werde. Manchmal scheint dieser Tag näher als gewollt. Mein Chef weiß, dass ich illegal im Land bin. Er nützt das aus, um mich zu Arbeiten zu zwingen, die meine Kollegen ablehnen. Will ich mich weigern droht er mir mit Abschiebung. Weil ich keine Rechte habe, füge ich mich. Aber ich halte das aus. Trotzdem wünsche ich mir für meine Kinder, dass sie nicht so leben müssen.“ Wenig wissen seine Familie und Freunde in Uganda darüber. Selten spricht er von den Herausforderungen und den Schwierigkeiten. Neben den Erfolgsgeschichten von im Westen reich gewordenen HeimkehrerInnen verblassen die prekären Arbeitsverhältnisse und der fehlende Respekt den viele während der Zeit im Ausland erfahren haben. So lange das Geld stimmt ist alles gut.

Freie Marktwirtschaft: Regelt sich nicht auch Migration nach Angebot und Nachfrage?

MIGRATION IST DIE EFFIZIENTESTE ENTWICKLUNGSHILFE

Hoppla, der Süden leistet Entwicklungshilfe an den Norden? Erfolgsbuchautor Klaus Werner über die Schattenseiten der Konzernpolitik, unsichtbare Geldströme und den Schmah mit der Corporate Social Responsibility.

Interview: Maria Sterkl, Bilder: Paul Sturm

Herr Werner, es hat sich ein Bild der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden verfestigt, das von einer permanenten Hilfsleistung für den Süden ausgeht. Sie behaupten aber, es verhält sich genau umgekehrt. Inwiefern profitieren wir von der Armut des Südens?

Kapital, Rohstoffe und Dienstleistungen in Form von billiger Arbeitskraft gehen aus den ärmeren Ländern in die reicheren Länder. Das macht eine enorme Summe aus. Allein die Zinszahlungen für die so genannten Schulden betragen 370 Milliarden Dollar pro Jahr. Das heißt: Der Süden leistet massive Entwicklungshilfe an den Norden – vermutlich in der Höhe von mindestens 1500 Milliarden Dollar pro Jahr. Das ist das 15-fache der weltweiten staatlichen Entwicklungshilfe. Das Geld geht in den Norden – aber die Menschen sollen nicht kommen.

Die Menschen kommen dennoch.

Selbstverständlich. Sagen wir, ich bin sehr reich und habe eine schöne Wohnung. Ich mache ein Fest, also gehe ich zur Nachbarin, weil ich noch Bier brauche, und räume ihr den ganzen Kühlschrank aus. Dann klopft die Nachbarin am Abend bei mir an und sagt: ‚Ich habe gehört, dass du das warst.

**DAS IST, WIE
WENN MAN ERST DEN
NACHBARN FÜR DIE EIGENE
PARTY BEKLAUT UND
IHN DANN ABER NICHT
MITFEIERN LÄSST.**

Jetzt will ich aber wenigstens beim Fest dabei sein? Und ich sage: ‚Nein, das darfst du nicht.‘ Das ist die derzeitige Situation.

Immer wieder hört man die Kritik, AsylwerberInnen seien ja ‚keine richtigen Flüchtlinge‘, sondern ‚nur Wirtschaftsflüchtlinge‘. Das klingt so, als wäre die Flucht vor Verfolgung oder Krieg ein edleres Motiv, als vor Armut auszuwandern. Warum?

Dieser Eindruck wird gezielt erweckt. Die politische Flucht ist ja auch das einzige offene Eingangstor zur Europäischen Union, und zwar aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention. Deshalb stellt man die Wirtschaftsfucht als etwas Negatives dar. Und es stimmt ja, dass viele AsylwerberInnen Wirtschaftsfüchtlinge sind.

Von deren Arbeitskraft profitiert die EU ja auch...

Selbstverständlich. Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat zum Beispiel errechnet, dass Deutschland statt der-



Klaus Werner: Wirtschaftsflucht neu bewerten.

zeit 23.000 jedes Jahr 270.000 Zuwanderer bräuchte. Und wenn man schon an freie Marktwirtschaft glaubt, dann muss man das konsequent tun und darauf vertrauen, dass sich das ohnehin nach Angebot und Nachfrage regelt. Die Leute gehen ohnehin nur dorthin, wo ihnen der Arbeitsmarkt etwas bietet.

Welche Rolle spielen multinationale Konzerne in der weltweiten Migration?

Die Konzerne schaffen überhaupt erst die Notwendigkeit für die Bevölkerung, aus ihren Ländern hinauszugehen. Die OMV hat jahrelang davon profitiert, dass im Sudan Massenvertreibungen stattfanden und wegen der Erdölförderung ganze Dörfer ausgeradiert wurden. Sie hat ihre Lizenzen dann teuer verkauft und verbrannte Erde zurückgelassen. Damit sind solche Konzerne auch mitverantwortlich, dass es in diesen Ländern Fluchtbewegungen gibt.

Wo bleibt die Verantwortung der Politik, der Regierungen dieser Länder?

Die Regierungen rohstoffreicher Länder werden aus Wirtschaftsinteressen korrumpiert, damit wird jeder Versuch demokratischer Entwicklung im Keim erstickt. Die Regierungen der Industrieländer stehen hier ganz aufseiten der Konzerne. Sie setzen damit Ausbeutung fort und fahren gleichzeitig eine populistische ‚Grenzen-zu!‘-Politik. Dabei ließe sich das Problem im Interesse aller lösen: Wenn die EU – etwa bis 2020 – ihre Grenzen nicht nur für Waren und Kapital, sondern auch für Menschen öffnet, hätte man bis dahin Zeit, gerechte Handelsverhältnisse herzustellen. Damit verhindert man nicht bewältigbare Migrationsströme, wie bei der Osterweiterung. Und weil ‚EU-Süderweiterung‘ ein bisschen kolonialistisch klingt, können wir es ja ‚Norderweiterung der Afrikanischen Union‘ nennen – vom Kap der guten Hoffnung bis zum Nordkap.

Was hat sich seit der Erstauflage des ‚Schwarzbuch Markenfirmen‘ an Ihrer Kritik an den Weltkonzernen verändert?

Der Welthandel hat sich beschleunigt. Gleichzeitig haben sich auch die Widerstandsbewegungen professionalisiert und verbreitert. Und die Konzerne haben auf die Kritik reagiert, indem sie die so genannte Corporate Social Responsibility auf ihre Fahnen geschrieben haben, um verbindliche Spielregeln für ihre Geschäfte zu verhindern.

Was ist so schlecht an der Corporate Social Responsibility, also am Versuch, eine Unternehmensführung ethischen Maßstäben zu unterwerfen?

Shell hat zum Beispiel in Nigeria Erdöl im Wert von Dutzenden Milliarden Dollar extrahiert und damit Wahnsinnsprofite gemacht, ohne der nigerianischen Bevölkerung eine adäquate Gegenleistung zu bieten.

ZUR PERSON

Klaus Werner-Lobo

Klaus Werner-Lobo ist Ko-Autor der Globalisierungs-Bestseller 'Schwarzbuch Markenfirmen' und 'Schwarzbuch Öl'. Im August erscheint im Hanser-Verlag sein neues Buch 'Uns gehört die Welt! Macht und Machenschaften der Multis'.
Infos: <http://unsdiewelt.com>

Sie haben nachhaltig Lebensräume zerstört und autoritäre Regime gestützt. Gleichzeitig ist Shell der größte Geldgeber für Sozialprojekte in Nigeria und spendet circa 60 Millionen Dollar pro Jahr. Diese 60 Millionen sind ungefähr ein Promille dessen, was Shell den NigerianerInnen weggenommen hat. Das ist so, wie wenn ich Ihnen alles wegnehme. Und wenn Sie dann nackt im Regen stehen, sage ich, 'Sie schauen aber arm aus', und gebe Ihnen einen Euro. Das ist Corporate Social Responsibility. Und dann sagen alle: 'Der Klaus Werner ist super, bei dem kaufe ich jetzt noch mehr ein'.

Inwiefern schadet die Armut des Südens der EU? Es kostet viel Geld, Grenzschutzmaßnahmen zu ergreifen. Gleichzeitig entgehen den Unternehmen potenzielle Absatzmärkte und Handelspartner.

Es gibt Interessensgruppen, die davon profitieren. Ich glaube aber auch, dass es der EU-Bevölkerung nichts nützt. Bei der rassistischen Zuwanderungspolitik geht es schlicht um Populismus. Der EU-Bevölkerung nützt das überhaupt nicht. Es schadet ihr – aus Gründen der Sicherheit, weil die Illegalisierung viele Zuwanderer in die Kriminalität treibt, aber auch wirtschaftlich, weil die EU ohnehin mehr Arbeitskräfte und Beitragsleistungen fürs Pensionssystem bräuchte.

Kann man Konzernen vorwerfen, dass sie unethisch handeln, wenn sie jene Spielräume, die ihnen die Politik bietet, ausschöpfen?

Nein. Das wäre so, als würde ich der Wand vorwerfen, dass sie aus Beton ist. Ein einzelner Manager einer Aktiengesellschaft ist per



Konzerne wie Shell machen gigantische Gewinne. Dafür zerstören sie großflächig Landschaften und stützen korrupte Regierungen.

Aktiengesetz ja sogar dazu verpflichtet, alles zu tun, damit seine Aktie Gewinn abwirft. Er darf gar keine anderen Kriterien einführen als das Kriterium der höchsten Rendite. Aber ich kann den gesellschaftlich Mächtigen, und das sind nun einmal KonzernvertreterInnen, aber auch PolitikerInnen, vorwerfen, dass sie keine gesellschaftlichen Interessen verfolgen, sondern nur egoistische Einzelinteressen vertreten.

**AUCH MINISTER
KÖNNEN SICH DAGEGEN
STELLEN UND SAGEN, SIE
MACHEN DA NICHT MIT. DIE
SYMBOLISCHE WIRKUNG
WÄRE WICHTIG.**

Sollte die EU für ihre Importe soziale Mindeststandards definieren?

Ja. Man könnte beschließen, dass alle Güter, die in die EU importiert werden, soziale und ökologische Mindeststandards erfüllen müssen. Und wenn das nicht erreicht wird, werden sie mit Strafzöllen in einem Ausmaß belegt, die es ermöglichen, die Produktionsbedingungen vor Ort zu verbessern.

Man kommt dann aber ziemlich schnell in einen Konflikt mit der Welthandelsorganisation.

Wer ist die WTO? Wer hat sie gewählt? Was legitimiert sie, Österreich zum Beispiel zu zwingen, den Anbau gentechnisch veränderter Lebensmittel zuzulassen, obwohl die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung dagegen ist?

Bei der WTO verhandeln demokratisch legitimierte Minister mit.

Ja, aber die können sich auch dagegen stellen und sagen, sie machen da nicht mit. Die symbolische Wirkung wäre wichtig. Auch das Gentechnik-Volksbegehren hatte nur symbolischen Wert. Aber es hatte doch den Effekt, die Gentechnik-Lobby ein bisschen einzubremsen. Schließlich haben auch die Supermärkte reagiert. Bestimmte Dinge führen sie nicht, weil die Leute sie nicht wollen.

Wird die Nahrungsmittelkrise zu einem Anstieg der Zuwanderung in die EU führen? Man braucht schon finanzielle Voraussetzungen, um überhaupt fliehen zu können. Nun führt die Nahrungsmittelkrise aber in vielen Gebieten zu einer zusätz-



lichen Verarmung der Gesellschaften. Was ist Ihre Einschätzung?

Die Nahrungsmittelknappheit führt bereits jetzt zu mehr Fluchtbewegungen. Der weitaus überwiegende Teil sind aber Binnenflüchtlinge oder Flucht in die Nachbarländer. Die UNO sagt, dass es heute bereits 20 Millionen Klimaflüchtlinge gibt und dass es bis 2010 ungefähr 50 Millionen sein werden. Allerdings existiert überall dort, wo es ökonomisch prekäre Situationen gibt, der Wunsch, dorthin zu gehen, wo die finanziellen Rahmenbedingungen besser sind. Nicht selten legt eine Großfamilie ihre Ersparnisse zusammen, damit wenigstens einer flüchten kann, und der schickt dann Geld nach Hause. Wir sprechen hier natürlich nur von jenen Leuten, die zumindest so viel Geld übrig haben, dass sie einen Schlepper oder die Reise bezahlen können.

Wird sich der Anteil dieser Menschen noch erhöhen?

Ja. Je mehr sich diese prekären Verhältnisse verbreiten, umso mehr wird es zu solchen Fluchtbewegungen kommen. Das macht für die Betroffenen auch Sinn. MigrantInnen aus ärmeren Regionen sind zum Teil der wichtigs-

te Wirtschaftsfaktor dieser Länder. Sie schicken pro Jahr ungefähr dreihundert Milliarden Dollar auf offiziellem Weg nach Hause. Auf inoffiziellen Weg ist es ein Vielfaches. Dreihundert Milliarden Dollar – das ist drei Mal so viel wie die weltweite offizielle Entwicklungshilfe. Migration ist die effizienteste Entwicklungshilfe, weil sie direkt zu den Leuten kommt.

Diesen Ländern fehlen dann aber auch die von Ihnen erwähnten jungen, gut ausgebildeten Fachkräfte, die sie ja selbst für Wirtschaft und Verwaltung brauchen.

Das ist der sogenannte brain drain. Jüngere Studien zeigen aber, dass das nur in einzelnen Ländern, wo wirklich viele Fachkräfte aus ganz bestimmten Branchen geballt abwandern, zum Problem wird. Global gesehen sind die finanziellen Rückflüsse und andere Vorteile aus der Migration aber nach wie vor größer als der Schaden, der daraus entstehen mag. Etwa, wenn sich MigrantInnen Kompetenzen angeeignet haben, die sie in ihre Herkunftsländer mitnehmen. Oder indem sie Geld heimschicken und dadurch die Ausbildung der Geschwister ermöglichen. Unterm Strich ist der brain gain also größer als der brain drain.

ARBEITSFLUCHT

Arnold Schwarzenegger ist Österreichs berühmtester Wirtschaftsflüchtling

Arnold Schwarzenegger hatte zu Beginn nur seinen Körper anzubieten. Der kleine steirische Ort Thal hielt für seine 2000 EinwohnerInnen nicht gerade viele Optionen bereit. Wer Ende der 60er Jahre Ambitionen hatte, einen Job zu finden, Geld zu verdienen, seine/ihre Zukunft zu sichern, dürfte wohl – so wie der Polizistensohn Schwarzenegger – in die Welt gegangen sein. Ob nach Graz, Wien oder noch ein Stückchen weiter. Schwarzenegger ging in die USA und ist heute wahrscheinlich der berühmteste Wirtschaftsflüchtling Österreichs. Während er seinen Körper als höchstes Tauschgut gegen die bessere Zukunft noch einige Jahre ausbeutete, begann er parallel in Kalifornien zu studieren und mit Immobilien seinen Wohlstand zu begründen. Irgendwann wurde Arnie dann auch Staatsbürger der USA.



Der Rest der famosen Story dürfte bekannt sein. Viele in Österreich sind auch heute noch stolz auf ihren Wirtschaftsflüchtling. Für ihn könnte sogar das Gesetz geändert werden, das die Bedingungen für eine US-Präsidentenwahl festlegt. Auch wenn sein Englisch noch nicht perfekt klingt – unrealistisch für Österreich, oder? Hier werden Wirtschaftsflüchtlingen unlautere Motive unterstellt, obwohl ihre Geschichten sehr ähnlich sind. Auf der Suche nach einer besseren Zukunft wird über die Ausbeutung des eigenen Körpers als vielleicht wichtigstem Gut oft der Bildungsweg angestrebt oder fortgesetzt. Viele Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika oder Asien hätten dabei wahrscheinlich bessere Voraussetzungen als Arnold Schwarzenegger, da sie – aus der Mittelschicht kommend – bereits über eine fundierte Ausbildung verfügen. Über die Chancen entscheidet dann aber die Gesellschaft, in der sie ankommen. *gun*

TASCHEN VOLLER SILBERSCHEIBEN

Viele sind ihm in Wien schon begegnet, aber keiner kennt ihn: den Mann mit der Einkaufstasche voll günstiger DVDs. Seine Spur aus China führt zu einem erstaunlichen Phänomen.

Text: Sabine Zhang, Bilder: Bernhard Kummer

Zhang Hong spaziert mit seiner Einkaufstasche durch den 7. Bezirk. Er kennt die Lokalszene gut, obwohl er nie etwas konsumiert. Er ist nicht gebildet, ist auch kein Geschäftsmann, spricht nicht einmal Deutsch. In China war Herr Zhang Bauer. Heute verkauft er auf den Straßen Wiens billige DVDs. Viele kennen ihn. Vom Sehen.

Besser als Steine schnitzen Herr Zhang stammt aus einer nichtssagenden Gegend in Südchina. Drei Viertel aller ChinesInnen in Europa kommen von dort. Wieso das so ist, weiß niemand so ganz genau. Die Gegend heißt Wenzhou und liegt am Ostchinesischen Meer. Qingtian, wo Herr Zhang herkommt, ist eine von vielen Städten dort, mit 300.000 Einwohnern eher eine Kleinstadt. Qingtian bedeutet „Grünes Feld“. Ein trügerischer Name für einen Ort, der einmal ein karges Bergdorf war. In dem es vor allem Steine gab. So viele Steine, dass die Bauern das Kunsthandwerk des Steinschnittens entwickelten. Aber Steine gibt es überall, dazu braucht man nicht in Qingtian zu leben.

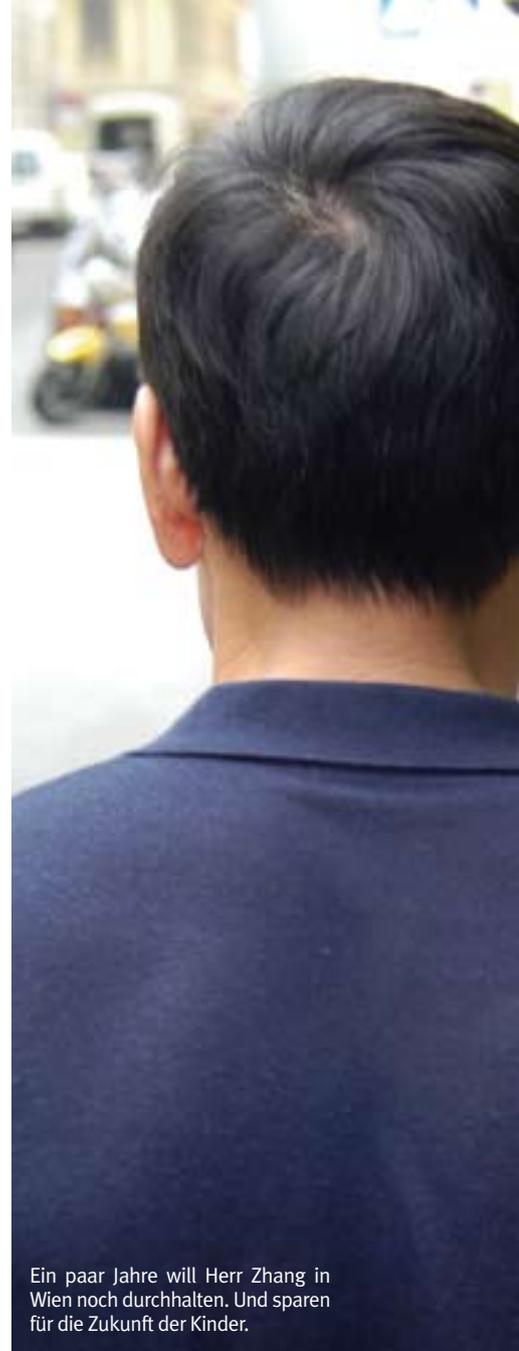
Vor fünf Jahren ging Herr Zhang also mit seiner Frau nach Österreich. Als er beschloss, die Reise in den Westen anzutreten, lebte seine jüngere Schwester bereits in Wien. Das nutzte ihm aber nicht so recht. Zwar hat-

te sie ihn am Anfang ein wenig unterstützt, aber seit einiger Zeit redet er nicht mehr mit ihr. „Sie verspielt ihr ganzes Geld im Casino“, klagt Herr Zhang, „während meine Frau und ich uns abmühen, unsere Schulden zurückzuzahlen.“ Herr Zhang hat viele Schulden. 11.000 Euro verlangten die Schlepper von ihm, eine beträchtliche Summe für einen chinesischen Bauern. „Das Geld haben mir Freunde und Verwandte geliehen“, erzählt er, „in der Hoffnung, dass wir es im Westen zu etwas bringen.“ Hätte er in Chi-

**DAS GESCHÄFT GEHT MAL
BESSER, MAL SCHLECHTER.
JEDEN TAG ZIEHEN DIE ZHANGS
HOFFUNGSFROH IHRE RUNDEN.**

na zum Beispiel versucht, einen kleinen Shop aufzumachen – niemand hätte ihm etwas geborgt. Aber das Abenteuer Europa weckt in Qingtian immer noch große Hoffnungen. Viele haben es geschafft, haben ein Restaurant oder ein Geschäft eröffnet und dann ihre Verwandten nachkommen lassen. So kommt es, dass heute ein Großteil der chinesischen Lokalszene in Österreich von Bauern aus einer kargen südchinesischen Berglandschaft betrieben wird.

Noch vor wenigen Jahrzehnten war diese Gegend verkehrsmäßig nicht einmal richtig



Ein paar Jahre will Herr Zhang in Wien noch durchhalten. Und sparen für die Zukunft der Kinder.

an den Rest von China angeschlossen. Die Kommunistische Partei hatte kein Interesse, in eine mögliche Vorfront Taiwans zu investieren. Notfalls konnte man die karge Gegend ja auch dem Feind überlassen. Diese Kargheit, das Desinteresse Pekings und die Lage am Meer sorgten für ein Klima der Unabhängigkeit und Orientierung nach außen. Und so stammt heute ein Großteil der chinesischen EinwanderInnen in Europa aus einer unbedeutenden Gegend am Ostchinesischen Meer. In Qingtian hat jede/r Verwandte oder Bekannte in Europa.

150 Mio. Bauern in Bewegung Auch Zhang Hong hat in den ersten Monaten in Wien für monatlich 500 Euro in einer Restaurantküche gearbeitet. „Aber ich habe die langen Arbeitstage, die Arbeitsbedingungen und die Unfreiheit einfach nicht ertragen.“



ten wir uns gerade ernähren und das allernötigste besorgen. Deshalb möchte ich, dass es meinen Kindern einmal besser geht.“

Zhang ist nicht der einzige chinesische Bauer, der von einer rosigeren Zukunft für seine Nachkommen träumt. Chinas Landbevölkerung ist auf Wanderschaft. Derzeit leben rund 150 Millionen Bauern als Wanderarbeiter auf den Baustellen und in den Fabriken des Riesenreichs. Sie betreiben die Nahversorgung und die Abfallwirtschaft, sie ziehen Wolkenkratzer hoch. Ihre Frauen arbeiten in Haushalten, versorgen die Kinder der Städte und bauen Chips für die Elektronik-Industrie zusammen. Ihre Kinder bleiben entweder bei den Großeltern auf dem Land oder ziehen mit in die Städte. Weil sie dort aber nicht registriert sind, dürfen sie auch keine regulären Schulen besuchen. 20 Millionen Kinder von WanderarbeiterInnen erhalten deshalb keine ordentliche Schulausbildung. Wer in China auf dem Land geboren ist, der bleibt für die Behörden Eine/r vom Land. Denn ein ländliches Hukou, das ist das Melderegister, lässt sich nicht einfach gegen ein städtisches Hukou eintauschen. Daran sind aber Sozialleistungen wie etwa der Schulbesuch geknüpft. Für viele bleibt die Suche nach dem Glück in China steinig.

Die Zhangs wollen nicht ewig in Österreich bleiben, ihnen schmeckt das Essen



Verkaufssituation in einem Straßencafé.

Also bin ich gegangen.“ Seither verkauft er die Silberscheiben aus den unbekanntenen Produktionsstätten auf Wiens Straßen – und teilt sich seinen Tag so ein, wie er es für richtig hält. Meistens schaut Zhang ernst, doch zwischendurch macht sich ganz unvermittelt ein strahlendes Lächeln breit, dass man die erfolgreich verlassenen Steinhänge Südjchinas zu spüren vermeint.

Sicherheiten haben die Zhangs bei ihrem Job keine. Das Geschäft geht mal besser, mal schlechter, jeden Tag ziehen sie hoffnungsfroh so ihre Runden. Von ihren Einnahmen verbrauchen sie fast nichts. Sie sparen Schulgeld für ihre beiden Kinder, die bei den Großeltern in Qingtian leben. Dass die Kinder das Gymnasium und die Uni besuchen können, ist nur deshalb möglich, weil Zhang im Ausland ein bisschen Geld verdient. „Als Bauer in Qingtian“, erinnert er sich, „konn-

hier einfach nicht. Zu Hause stehen Fisch und Shrimps auf dem Speiseplan, das kann man sich in Österreich gar nicht leisten. Aber dennoch können sie nicht einfach so wieder zurückgehen, schon das Schulgeld und der Unterhalt für die Eltern kosten sie 400 Euro monatlich. „Wie wir das verdienen sollen, wenn wir wieder in China sind“, rätselt Herr Zhang, „weiß ich wirklich nicht.“ Freilich lässt sich auch in Österreich nicht viel ersparen, das DVD-Geschäft läuft nicht so toll, zudem wird er immer wieder von der Polizei erwischt. Dann muss er kaum erschweringliche Strafen zahlen. Aber Zhang ist ein lauterer Mann, er vereinbart Ratenzahlungen mit der Polizei und sie schicken ihm die Erlagscheine nach Hause. Dann sagt er „Danke Österreich“ und setzt wieder ein breites Grinsen auf.

Rücküberweisungen: MigrantInnen leisten für Staaten bedeutende Finanzierungshilfe.

GELD FÜRS DAHEIMBLEIBEN

Entwicklungshilfe wird zunehmend auch als Migrationsabwehr verstanden. Kann ein Global Marshall Plan Reisefreiheit für Alle bringen?

Text: Beat Weber, Bilder: Bernhard Kummer

Die „Festung Europa“ ist löchrig: Trotz massiver Abschottung kommen Jahr für Jahr viele Menschen, um in europäischen Staaten zu arbeiten und zu leben. Weil das Einigeln aber nicht so recht klappen will, versucht die Abschottungsgemeinschaft nun den Hebel bei den Ursachen der Migration – in den Herkunftsländern selbst – anzusetzen. Um den Zustrom zu stoppen. Als beste Maßnahme gegen Migration sehen viele die bislang von europäischen Nationalstaaten eher vernachlässigte Entwicklungshilfe an. Das entsprechende Credo: Baut man in den ärmeren Ländern mit externen Geldern florierende Wirtschaften auf oder senkt man dort zumindest die Armut, dann würden die Anreize zur Auswanderung beseitigt und das „Problem“ Migration von selbst gelöst.

Global Marshall Plan Schon im Jahr 2000 haben sich die UN-Mitgliedstaaten auf die „Millenniumsziele“ geeinigt. Sie vereinbarten konkrete Schritte zur Armutsbeseitigung, Bildung, Gesundheit, Nachhaltigkeit,

Schuldenreduktion und Entwicklungshilfe. Bis 2015 wollen die Industriestaaten ihre – lange vernachlässigte – Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des BNP erhöhen. Auch die in Österreich aktive zivilgesellschaftliche Initiative „Global Marshall Plan“ zielt in diese Richtung. Unter Berufung auf eine 1990 von Al Gore lancierte Forderung nach einem „Marshall Plan für die Erde“ hat sich die Idee im Lauf der Jahre zu einer globalen Initiative gemausert. Als Trägerin der weltweiten Initiative tritt in Österreich das ÖVP-nahe „Ökosoziale Forum“ auf. Dem Forum ist es etwa gelungen, sämtliche Bundesländer als Unterstützer zu gewinnen. Der Grundgedanke: Reiche Staaten sollen Investitionen, abgestimmte Marktöffnungen und Ko-Finanzierungen im Austausch für den Angleich sozialer und ökologischer Standards in armen Ländern leisten. Das soll verhindern, dass sich „nicht nachhaltige“ Produktions- und Konsummuster über den Planeten ausbreiten, zugleich sollen Bevölkerungswachstum und Migration gebremst werden.

Freizügigkeit: nur für Waren Der Plan sieht also eine Art Kompensationszahlung für den Verzicht auf eine Wiederholung jener Industrialisierungsformen vor, mit denen der Norden groß geworden ist – eine Politik, die man Anderen offenbar nicht zugestehen möchte. Was die ärmeren Staaten der Weltwirtschaft allerdings am meisten anzubieten haben, ist menschliche Arbeitskraft. Darauf wird in den Entwicklungshilfe-Programmen freilich erst gar nicht eingegangen. Von einem Zeithorizont für eine Öffnung der Grenzen – etwa einer Freizügigkeit nicht nur für Waren, sondern auch für Personen, wie sie die EU selbst als Ziel formuliert hatte – ist nicht die Rede. Auch nicht in den bekannten internationalen Plänen zum Ausgleich der weltwirtschaftlichen Ungleichheiten.

Immerhin diskutierte die UN-Generalversammlung im Herbst 2006 erstmals auf höchster Ebene über „Migration und Entwicklung“. Die Delegierten spürten den vielfältigen Junktimen von Entwicklungshilfe und Bekämpfung der Migrationsursache



Abseits der Entwicklungshilfe: Über Unternehmen wie „Western Union“ werden jährlich Milliardenbeträge transferiert.

Armut nach: der Gefahr eines „brain drains“, also der massenhaften Abwanderung von Gebildeten aus armen Ländern zum Schaden der Herkunftsländer; dem positiven Beitrag von Migration zur Entwicklung der Herkunftsländer, wenn MigrantInnen Geld nach Hause schicken; oder wenn sie mit nützlichen Erfahrungen zurückkehren.

**DER GLOBALE
SCHULDENERLASS GILT
DE FACTO ALS BEENDET.
SCHULDENERLÄSSE GIBT ES
NUR NOCH VEREINZELT
IM ANLASSFALL.**

Sicherheitslösungen In der politischen Praxis hat die Verknüpfung von Entwicklungshilfe und Migration aber ein weniger freundliches Gesicht. Die EU und andere Industriestaaten suchen vor allem „Sicherheitslösungen“: Es geht darum, die Ur-

sprungsländer von Migration zu bewegen, gegen die Auswanderung vorzugehen bzw. abgeschobene MigrantInnen wieder aufzunehmen. Diese Zusammenarbeit wird dann mit Geld belohnt. In der EU bestehen starke Tendenzen, die Gewährung von finanzieller Unterstützung an Drittstaaten an deren „Kooperationsbereitschaft“ in Migrationsfragen zu knüpfen, sprich Maßnahmen gegen illegale Auswanderer zu fordern.

Selbst das Ziel, mehr öffentliche Gelder für die Beseitigung globaler Armut zu mobilisieren, das Initiativen wie der Global Marshall Plan propagieren, ist in Wirklichkeit ferner denn je. Tatsächlich stagniert die offizielle Entwicklungshilfe. Für viele Staaten sind Rücküberweisungen von MigrantInnen bereits eine bedeutendere Finanzierungsquelle. Das Ziel eines globalen Schuldenerlasses, vor wenigen Jahren noch auf der internationalen Agenda, gilt als de facto aufgegeben. Schuldenerlässe gibt es nur noch vereinzelt im Anlassfall. So zum Beispiel im Fall des Irak, als die USA nach

der Invasion die wichtigsten Gläubigerstaaten an einen Tisch holten.

Afrika: nur noch Zaungast Dafür erreichten private Kapitalzuflüsse in die Länder des globalen Südens zuletzt einen historischen Höchststand. Allerdings konzentriert sich das Interesse nördlicher Banken und Unternehmen auf wenige stark wachsende Länder in Europa und Zentralasien, Ostasien und Lateinamerika. Die neuen Starken – Staaten wie Brasilien, China, Indien – verschaffen sich entsprechend auch politisch mehr Gehör in den Steuerungszentralen der Weltwirtschaft: sie konnten ihre Stimmrechtsanteile im Internationalen Währungsfonds erhöhen oder weisen wirtschaftliche Ratschläge aus den USA und der EU zurück.

Der Großteil Afrikas und Asiens bleibt hingegen weiterhin Zaungast dieser Entwicklungen. Während die privaten Kredite in die neuen Wachstumsstandorte fließen, bilden öffentliche Kredite keinen Ausgleich für den Rest: Seit Jahren fließt mehr Geld für Rück-

zahlungen von ausständigen Krediten vom Süden in den Norden als neue Kredite in die umgekehrte Richtung.

Neuerdings klagt die Weltbank, dass China auf das Terrain der Entwicklungszusammenarbeit drängt und dort die Konkurrenz blass aussehen lässt. Peking knüpfe seine Geldvergabe nicht an die bei Weltbank und Co. üblichen Bedingungen. Vielmehr sei der „Schurkenhelfer“ an der Stärkung seines globalen politischen Einflusses interessiert. Freilich verfolgen auch die Industriestaaten ihre Interessen: sie suchen politische Partner, Rohstofflieferanten – oder eben Migrationsabwehr.

Was aber, wenn der Norden in einem massiven Schub Entwicklungshilfe leistete, der – ganz ohne Einschränkungen – einfach der Armutsbeseitigung gewidmet wäre? Würde die Migration dann versiegen?

Das ist zu bezweifeln. MigrantInnen kommen nicht vorwiegend aus den ärmsten Staaten. Migration kostet auch die Betroffenen Geld und ist Ergebnis einer voraussetzungsvollen Planung. Deshalb sind es in der Regel nicht die Ärmsten, sondern vielfach Menschen aus bessergestellten Schichten in ärmeren Ländern, die sich Abwanderung leisten können. Wenn Entwicklungshilfe erfolgreich armen Staaten zu einem höheren Wohlstandsniveau verhelfen würde, könnte das paradoxerweise dazu führen, dass zumindest für einige Zeit mehr Leute auswandern als früher.



Geldregen: Mit dem Global Marshall Plan soll das Gefälle zwischen Nord und Süd ausgeglichen werden.

ARBEITSMIGRATION

Ökonom Nigel Harris: Grenzen werden fallen

Nigel Harris, Professor am renommierten University College London, empfiehlt, die Grenzen für freie Arbeitsmigration zu öffnen. Ohne Übergangszeit, ab sofort. „Vielleicht ist das unrealistisch“, räumt der Ökonom und mehrfache Buchautor ein, „aber es ist die Forderung zweifellos wert. Es konnte sich ja auch niemand vorstellen, dass der Handel liberalisiert wird. Wir erleben derzeit eine Übergangszeit von zirka einem halben Jahrhundert, in der die Weltwirtschaft sich grundlegend verändert – und damit auch die Ansichten über Migration selbst.“ Nigel Harris prognostiziert, dass die freie Arbeitssuche ohnehin in absehbarer Zukunft Wirklichkeit sei.

Schließlich würde die freie Marktwirtschaft die Migrationsströme nach den gleichen Mechanismen regeln, die sonst auch gelten: Angebot und Nachfrage. Einen grundlegenden Widerspruch sieht Harris zwischen der sich fortlaufend globalisierenden Weltwirtschaft und der Nationalstaatlichkeit mit ihren rigiden Grenzregimen – diese spiralförmige Bewegung ließe sich zwar verzögern, aber nicht mehr auseinanderdividieren. Welche der beiden Entwicklungen langfristig auf der Strecke bleiben wird, kann sich wohl jede/r an einer Hand ausrechnen. Schon jetzt sei zu beobachten, wie die europäische Bevölkerung immer mobiler wird, sich Migration nach Europa verstärke, und damit „ein völlig anderes Szenario als jenes der geschlossenen Nationalökonomien“ eintritt. Nigel Harris steht mit seiner Analyse – nachzulesen etwa in „Thinking the

Unthinkable“ – keineswegs allein da. Auch der italienische Politikwissenschaftler Raffaele Marchetti argumentiert, man solle über ein allgemeines Recht der Freizügigkeit nachdenken, wenn auch auf einer anderen Ebene. Warum sollte es EuropäerInnen erlaubt sein, ihren Urlaub zu verbringen wo immer sie wollen, während AfrikanerInnen nicht einmal zum Arbeiten nach Europa kommen dürfen? Für Nigel Harris ist die Grenzfrage aber nicht allein in Gerechtigkeitsdiskursen eingebettet, sondern ein virulentes politisches Problem. Irreguläre Migration, so Harris, sei vor allem Ausdruck einer Nachfrage nach Arbeitskräften, die Staaten nicht effektiv regulieren können. Weder durch Anwerbeprogramme noch durch Ausbildungsoffensiven. Langfristig sei deshalb nur eine Maßnahme effektiv: die Öffnung von Grenzen. *red*



Internationale Entwicklungszusammenarbeit
und Katastrophenhilfe

SUDAN: eine Schule für Flüchtlingskinder



AMURT-Mitarbeiterin mit sudanesischen Flüchtlingskindern, Bahr El Ghazal

AMURT (Österreich)

Hütteldorfer Straße 253, 1140 Wien
www.amurt.at, E-mail: austria@amurt.at

Spendenkonto
RLB NÖ-Wien 10.108.884 BLZ 32000



Kathrin Henz / Maria Hub

Fanny hat einen Vorsatz. 2008 will Fanny vorsätzlich oft schmunzeln und/oder geschmunzelt werden. Sollte dies bis ca. Ostern nicht oft genug gelingen, hat sie sich zur Buße heftiges Kichern verordnet, nicht unter drei Minuten täglich, mindestens bis August. Und wenn selbst das nichts fruchtet, gilt nur noch fettes Dauergrinsen bis 2009. Nachsatz: Um ganz sicher zu gehen, hat Fanny seit heute eine neue Brille - mit Fröhlichkeitsgarantie bis Maria Lichtmess!

Brillen.manufaktur®

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00

Ja, ich will 4x jährlich MOMENT lesen

- StudentInnen/Selbstkostenabo 8,80 Euro
- Normalabo 40 Euro
- Förderabo 80 Euro
- Geschenksabo 40 Euro

Name:

Adresse:

Stadt:

E-Mail: abos@moment.at

Post: SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien

Das Abo umfasst 4 Ausgaben pro Jahr und verlängert sich nach Ablauf des Abo-Zeitraums automatisch um ein Jahr zum vereinbarten Abo-Preis. Das Abo kann unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist vor Ablauf des Abo-Zeitraums gekündigt werden. Erlagschein wird Ihnen zugesandt.

Zum Abo erhalten Sie eine Lichtermeer-Erinnerungs CD mit Liedern von Ambros, Danzer, Wiener Tschuschenkapelle etc.



Illegalisierte Menschen sind unsichtbar. Auch wenn sie schon seit zehn oder fünfzehn Jahren im Land leben. Der Bildende Künstler Kader Muzaqi fordert deren Bleiberecht.





Wien hat das Mehr.

Und die besten Kindergärten



Familienfreundliche Öffnungszeiten

Von 6 bis 18 Uhr
perfekt betreut.



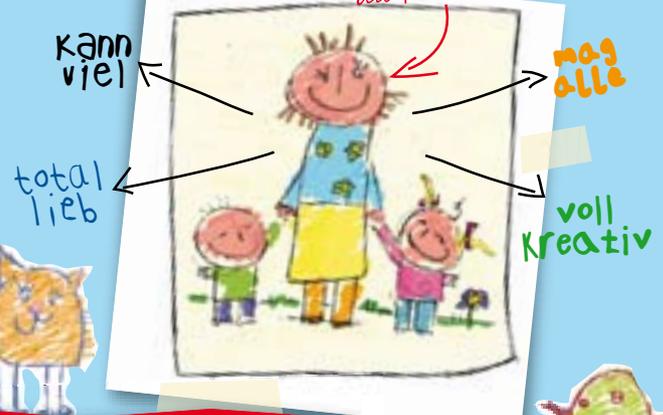
Die städtischen Kindergärten in Wien haben Österreichs familienfreundlichste Öffnungszeiten. Sie sind auch in den Ferien geöffnet. Das macht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einfacher.

Exzellente ausgebildete PädagogInnen

Die qualifiziertesten Frauen + Männer

Alle KindergartenpädagogInnen erhalten in Wien eine besonders fundierte Ausbildung, die sie zu Profis im Umgang mit den Kindern macht. Die reicht von Pädagogik und Didaktik über Psychologie bis hin zu Sprach- und Musikerziehung.

*Das ist unsere
Kindergartenpädagogin,
die Monika.*



Top-Betreuung

*Das ist Peter,
der kann's
noch nicht
so gut.*



Bessere Chancen

Wien setzt auf die frühe Förderung im Kindergarten, um Mädchen und Buben so gut wie möglich auf die Schule vorzubereiten. Die Kinder werden „beobachtet“ und ganz nach Bedarf in der Entwicklung ihrer sprachlichen, handwerklichen oder sozialen Fähigkeiten unterstützt.



Respektvoller Umgang

Die Kindergärten der Stadt Wien pflegen eine Pädagogik der Vielfalt, der Akzeptanz und der demokratischen Gleichberechtigung. Dabei hat etwa die Integration von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf Vorrang.

Kindergarten-Tel. 01/277 55 55
www.kindergaerten.wien.at



Installateure aus Polen verlassen GB

Eine Studie des Institute for Public Policy Research (IPPR) belegt, dass etwa die Hälfte jener Osteuropäer, die seit der EU-Erweiterung nach England emigriert waren, bereits zurück in ihren Herkunftsländern sind. Hauptgrund: Der Lohnunterschied schrumpft rapide.

ROMA-POGROME

Keine Kritik an Italien

Nach den schweren Ausschreitungen gegen Roma und Sinti in Neapel fordert SOS Mitmensch die österreichische Bundesregierung auf, den Vertriebenen sofortigen Schutz in Österreich zu gewähren. Zudem müsse eine klare Verurteilung erfolgen – auch der xenophoben Kampagne von Silvio Berlusconi Mitte-Rechts-Regierung, die den Pogromen vorangegangen war. Während Österreichs Regierung schweigt, findet Spanien deut-



Bild: EU2007

Außenministerin Ursula Plassnik: Schweigt.

liche Worte: „Die spanische Regierung ist gegen Gewalt, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Sie kann daher nicht billigen, was in Italien geschieht.“, so die Vize-Ministerpräsidentin María Teresa Fernández de la Vega. SOS-Mitmensch-Sprecher Philipp Sonderegger weist insbesondere darauf hin, dass die miserable Situation der Roma weit oben auf der Agenda der EU steht. Und meint in Hinblick auf ein derzeit vorbereitetes, verschärftes Gesetzespaket Roms: „Durch Kriminalisierung und Deportation wird die Situation der Roma sicherlich nicht verbessert.“ *MW*

Bayern: Bald keine Demos mehr

Demonstrationen könnten in Bayern bald der Vergangenheit angehören. Die Landesregierung bereitet umfassende Einschränkungen des Demonstrationsrechts vor. Bildaufzeichnungen, Voranmeldepflichten und namentliche Auflistungen sowie Polizei-Checks aller eingesetzten Ordner sind Teil des Gesetzesentwurfs.

Österreich: Wer mehr hat, zahlt weniger

Laut Monatsmagazin „Trend“ bezahlt die Bank Austria für 2,7 Mrd. Euro Gewinn 2007 dürre 400 Mio. Euro Steuern, das sind etwa 15 Prozent. Zum Vergleich: Der Steuerrechner des Finanzministeriums spuckt für ein monatliches Nettoeinkommen von 1.500 Euro jährlich fast 5.000 Euro Einkommenssteuer aus, das entspricht 27 Prozent.

London: Polizei hinterfragt Überwachung

Mit einer ungewöhnlichen Ansicht ließ die Londoner Polizei aufhorchen. Das umfangreiche System der Videoüberwachung sei ein „Fiasko“. Weder die Prävention, noch die Aufklärung von Verbrechen habe sich verbessert, klagte der ranghohe Beamte Mike Neville von Scotland Yard am Rand einer Sicherheitskonferenz in London.



Bild: phs

Was bringt Videoüberwachung wirklich?

Der Fonds Soziales Wien hat soziale Tätigkeiten quasi monopolisiert.

MENSCHENRECHTSPOLITIK IN WIEN

Gegen die Wand

Die Stadt Wien lässt Menschenrechts-NGOs bei ihren Finanzansuchen einfach anrennen. Ist das Rathaus an einem kritischen Milieu überhaupt noch interessiert? Die Antwort der Wiener Parteigranden fällt erstaunlich deutlich aus. Text: Eva Bachinger, Bilder: Bernhard Kummer

Da für sind wir nicht zuständig. Wenden Sie sich bitte an das Büro von.....“ Das teilt die Stadt Wien nicht nur Sozialvereinen, sondern mitunter auch JournalistInnen mit. Eine unangenehme Interview-Anfrage zur Finanzierungspolitik für NGOs reicht anscheinend, um von Bürgermeister Michael Häupl zur Vizebürgermeisterin Renate Brauner, von dort zu den zuständigen Stadträtinnen Sonja Wehsely und Sandra Frauenberger und schließlich zu deren MitarbeiterInnen verwiesen zu werden. Was neben der Gesprächsverweigerung bleibt? Die indirekte Bestätigung dessen, was man bereits vermutet hat: Ein kritisches Milieu links von der eigenen politischen Arbeit will das Wiener Rathaus offenbar nicht dulden. So mancher NGO wird von Wien sukzessive der Geldhahn abgedreht. Aber der Reihe nach.

Bei Frauenberger angelangt, will ihr Büro immerhin Fragen von der Chefin der MA 17, Ursula Struppe, beantworten lassen. Nach Protest wird zwar eine Beantwortung durch Frauenberger per Email versprochen, Fragen, die konkret Förderungen betreffen, würden jedoch von Struppe beantwortet. Schließlich gibt es keine Statements von der Stadträtin, sondern eine schriftliche Stellungnahme, die – wenn schon jemandem – nur der MA 17-Leiterin in den Mund gelegt werden darf. Für ein Interview sei es zu kurzfristig gewesen, argumentiert die Sprecherin. Erstaunlich,

vom 15. bis 21. Mai war es auch der Stadträtin nicht möglich, zumindest per Email zu antworten. Nach einer Fristverlängerung von einer ganzen weiteren Woche heißt es dann: die schriftliche Stellungnahme können Sie in ein Interview mit Frauenberger umwandeln. Mit einer Beantwortung der Fragen hat das aber wenig zu tun.

Gute Ratschläge Vereinen wie „asylkoordination“ oder „Ehe ohne Grenzen“ kommt so ein Hin und Her bekannt vor. Mit der Gründung des Fonds Soziales Wien – dotiert mit 500 Millionen Euro – hat Wien soziale Tätigkeiten stark an sich gezogen. Über den FSW wird u.a. die Grundversorgung für AsylwerberInnen finanziert. Vereine, die etwa rechtliche Beratung für Flüchtlinge anbieten, können bei der MA 17 um Geld ansuchen. So mancher Verein sitzt jedoch zwischen den Stühlen.

Die Stadt ließ der asylkoordination ausrichten, sie solle sich neue Projekte überlegen, die den Förderrichtlinien besser entsprechen.

„Seit Auflösung des Wiener Integrationsfonds (im Jahr 2004, Anm.) haben wir erhebliche Schwierigkeiten.“, berichtet Anny Knapp von der asylkoordination. Für anerkannte Projekte wie „Schule ohne Ras-

sismus“ habe man 7.000 Euro jährlich bekommen. Doch nun scheint dafür kein Platz mehr zu sein. Die Stadt ließ der asylkoordination ausrichten, sie solle sich neue Projekte überlegen, die den Förderrichtlinien besser entsprechen. Knapp: „Es ist ein Ping-Pong-Spiel, man wird von einer Stelle zur nächsten verwiesen und kommt nicht wirklich voran.“ Über dem Jahr 2008 schwebt jetzt noch ein großes finanzielles Fragezeichen.

Die Initiative „Ehe ohne Grenzen“, die sich aufgrund der Verschärfungen für binationale Paare im Fremdenrecht 2006 formiert hat, läuft bei der Stadt schon länger gegen eine Wand. „Wir sind verzweifelt, denn mit Ende Mai geht uns das Geld aus.“, klagt die Obfrau Angela Magenheimer. Der Verein hat sich bisher mit Spenden über Wasser gehalten. Ein Förderansuchen wurde glatt abgelehnt – mit der Begründung, dass es bereits andere, in diesem Bereich erfolgreiche Organisationen gebe. Tatsächlich ist es aber für Magenheimer so, dass etwa eine Initiative wie „Orient Express“ KlientInnen an „Ehe ohne Grenzen“ weiterleitet. Verständlich, Magenheimers Gruppe bietet nicht nur Beratung, sondern den Betroffenen auch einen hohen Grad an Vernetzung. Zudem berichtet sie von mühsamen Kontakten mit der Stadt. „Einmal war die Zuständige nicht auf ihrem Platz, dann wieder auf Urlaub und dann im Krankenstand.“ Stadträtin Frauenberger habe sich auf die Bitte um ein Gespräch nie zurückgemeldet.



Devise der Rathaus-Sozialpolitik:
Risiken privatisieren, Zugriff zentralisieren.

Politik für die Bühne „Zum Glück sind wir vom Staat unabhängig.“, kann Michael Genner von „Asyl in Not“ dem Fehlen von staatlicher Unterstützung Positives abgewinnen. Es ist lange her, dass das Innenministerium und das AMS den Verein unterstützt haben. Seit 1996 finanziert sich die Flüchtlingsinitiative durch eine jährliche Kunstauktion und Spenden. Die Stadt Wien hat sich ebenfalls sukzessive zurückgezogen: Der Integrationsfonds förderte pro Jahr mit 180.000 Schilling. 2005 zahlte die MA 17 noch 5.000 Euro. Seit 2006 erhält „Asyl in Not“ nichts mehr.

Auch namhafte Vereine plagen sich mit Finanzproblemen jahrein, jahraus: Beim schicken Benefiz-Clubbing „Zaramonie“ im Palais Auersperg sonnen sich StadtpolitikerInnen auf der Bühne und loben den Verein ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit. Die Organisation erhält seit 2000 rund 45.000 Euro pro Jahr. Doch: „Die finanzielle Absicherung reicht bei weitem nicht für die Arbeit aus, die ZARA leisten muss. Unser großes Sorgenkind ist die Beratungsstelle“, erklärt Geschäftsführerin Barbara Liegl, allerdings in erster Linie an den Bund gerichtet, denn ohne Stadt Wien würde es den Verein gar nicht mehr geben. Die Beratungsstelle brauche mehr Personal als nur eine Vollzeit- und eine Halbtagsstelle. Von Seiten der Stadt wird argumentiert, dass die Förderung ohnehin hoch sei und man den Bund nicht aus der Verantwortung lassen wolle.



Kollektive Gesprächsverweigerung: Bürgermeister Michael Häupl verweist auf seine Vize, Renate Brauner; die auf ihre Stadträtinnen Sandra Frauenberger und Sonja Wehsely.

Bilder: www.wien.gv.at

Dieses Argument lässt Anny Knapp von der Asylkoordination nicht gelten. „Die Leute leben jahrelang in Wien. Da braucht es mehr als Essen und ein Bett“. Auch das Integrationshaus mit Zugpferd Willi Resetarits, das den jährlichen Flüchtlingsball im Wiener Rathaus abhalten darf, muss große Summen über private SpenderInnen aufbringen. Im Bereich der Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gebe es „massive Probleme“, berichtet Geschäftsführerin Andrea Eraslan-Weninger. Trotz eines Urteils des Obersten Gerichtshofes sehe die Stadt keine Veranlassung, für diese Gruppe über die Grundversorgung hinaus entsprechende Jugendwohlfahrtsleistungen zu erbringen. Auch rechtliche Beratung wird ausschließlich durch Spenden finanziert – und das, obwohl auch hier die EU-Aufnahmerichtlinie staatliche Unterstützung vorschreibt.

Andere Sicht der Dinge Die Stadt hat freilich eine andere Sicht der Dinge: Man tue sehr viel, unterstütze viele NGOs. Ja, mehr noch: Die Stadt Wien sei gerade nach der schwarz-blauen Wende eingeschungen, als der Bund viele Zuwendungen gestrichen hatte. Schließlich ermögliche die Einbindung des Integrationsbereichs in die Stadt eine ständige BeamtInnenenschaft, die mit sozialrechtlicher Absicherung unter ganz anderen Qualitätskriterien arbeiten und mehr Fortbildung ermöglichen könne als Mitarbeiter-

Innen von unabhängigen NGOs.

Der Politologe Emmerich Talos hält allerdings genau den gegenteiligen Zustand für den idealeren. Die Stadt solle soziale Aufgaben vor allem an NGOs delegieren. „Das entspricht keiner Routineverwaltung, denn NGOs verrichten ihre Arbeit zumeist sachkundiger und engagierter als die öffentliche Verwaltung.“ Eine Auslagerung müsse aber mit einer finanziellen Verpflichtung der öffentlichen Hand gekoppelt sein. Da es keine klare Regelung zwischen Bund und Ländern gibt, wer für die Unterstützung von Integrationsvereinen aufkommt, gebe es dieses „Ping-Pong-Spiel“, so Talos. Er schlägt vor, dass sich die Stadt Wien für eine klare Aufteilung der finanziellen Aufgaben wie bei der Grundversorgung stark macht.

Aus der Wiener SPÖ hört man indes, die Stadt werde keine NGO sehenden Auges verbluten lassen – sofern deren „Ergebnisse“ stimmen. Gerade transparente Förderabrechnungen seien bei so manchem Verein immer wieder ein Problem, gibt man sich um die SteuerzahlerInnen besorgt. Für Stadträtin Frauenberger sei die Arbeit von NGOs, das lässt das Rathaus ausrichten, ein wichtiges Anliegen. Man müsse aber auch bedenken, dass in Österreich nach wie vor keine moderne Auffassung zu Zivilgesellschaft und Integration herrsche. Und für eine Zivilgesellschaft brauche man eben nicht nur Geld, sondern auch eine offene Gesellschaft.

FLÜCHTLINGSPOLITIK

SPÖ-Wien: Diskussionsfeld den Freiheitlichen überlassen

„Ich kann schlecht auch noch meine eigene Opposition sein“, wird Bürgermeister Michael Häupl zitiert. Wenn das stimmt, gibt nach der Bundes-SPÖ auch die Wiener SPÖ Asyl- und Integrationsthemen auf. Denn bei der Finanzierung von Flüchtlingsprojekten verweist die Stadt Wien neuerdings auf die Zuständigkeit des Bundes. Wichtige Beratungs- und Koordinierungsstellen wie die Asylkoordination oder Ehe ohne Grenzen stehen vor dem Aus. Rechtsberatung für binationale Paare oder Grundlagenarbeit im Asylbereich wird nicht gerade gefördert. Dabei geht es „nur“ um Projektfinanzierung, Basisförderungen wurden längst aufgegeben. Das politische Klima würde diese „Oppositionsarbeit“ aber dringend benötigen. Wer sonst als die NGOs setzen der Propaganda-Walze des Innenministeriums und der FPÖ etwas entgegen? Wer sonst vermag fundiertes Wissen zu liefern? Wer auf die Fähigkeiten der NGOs verzichtet, lässt Anliegen der Flüchtlinge unartikuliert. Die Bevölkerungsgruppe hat kaum Zugang zu Medien. Bürgermeister Häupl weiß, dass die SPÖ dieses Diskussionsfeld nicht selbst aufbereiten kann. Es ist zu befürchten, dass man entschieden hat, es der FPÖ zu überlassen. *phs*

Haltung



Mit Rückgrat geschrieben.
Erhobenen Hauptes gelesen.



4 Wochen gratis lesen: derStandard.at/Abo oder 0810/20 30 40

Die Zeitung für Leserinnen

Grüne und Freiheitliche: Melken für Österreich.

BAUERNKRIEGE

Milch für Patrioten

In der IG-Milch, die im ganzen Land mit ihren Plastikkühen für A Faire Milch wirbt, hat sich eine höchst sonderbare Allianz gebildet. Anhänger der FPÖ und der Grünen treten dort gegen den schwarzen Bauernbund an.

Text: Mark Hammer, Gunnar Landsgeßel, Bilder: Bernhard Kummer, Paul Sturm

Schuld an den steigenden Milchpreisen ist China. Weil dort die Nachfrage nach Milchpulver wächst, sieht FPÖ-Umweltsprecher Norbert Hofer in Österreich die Preise explodieren. Der Globalisierung müsse freilich eine verantwortungsvolle, nationale Agrarpolitik entgegengehalten werden, der Bauernbund tue das aber nicht. Schon weiß Hofer Abhilfe: bei der IG Milch, in der sich „immer mehr verzweifelte Bauern“ organisieren und nun ihre Milch selbst vermarkten. Die Front gegen die traditionell ÖVP-dominierte Bauernvertretung ist dabei höchst interessant. Blaue und grüne MilchvertreterInnen arbeiten hier an einer ge-

meinsamen Politik. Der Direktor des Österreichischen Bauernbundes, Fritz Kaltenecker, sieht bereits „eine unheilige grün-blaue Allianz“ im Agrarbereich dräuen. Tatsächlich gibt es aus diesen Lagern auffällige Unterstützung: Salzburgs Obmann der Freiheitlichen Bauernschaft Alois Nußbaumer bezeichnete unlängst den von der IG-Milch angedachten Lieferboykott als einzigen richtigen Weg in der Milchpolitik. Aber auch an der Basis werden die gemeinsamen Schnittmengen wahrgenommen: auf der Online-Plattform www.landwirt.com macht etwa ein Poster seinem Ärger über „primitive“ Argumentationsmuster von IG-Milch-Vertretern Luft, die ganz

„an die FPÖ erinnern“. Was also ist dran an der erstaunlichen Allianz der IG-Milch, die mit „A faire Milch“ wirbt und zugleich die Frage aufwirft, ob ein fairer Milchpreis ohne Patriotismus überhaupt denkbar ist.

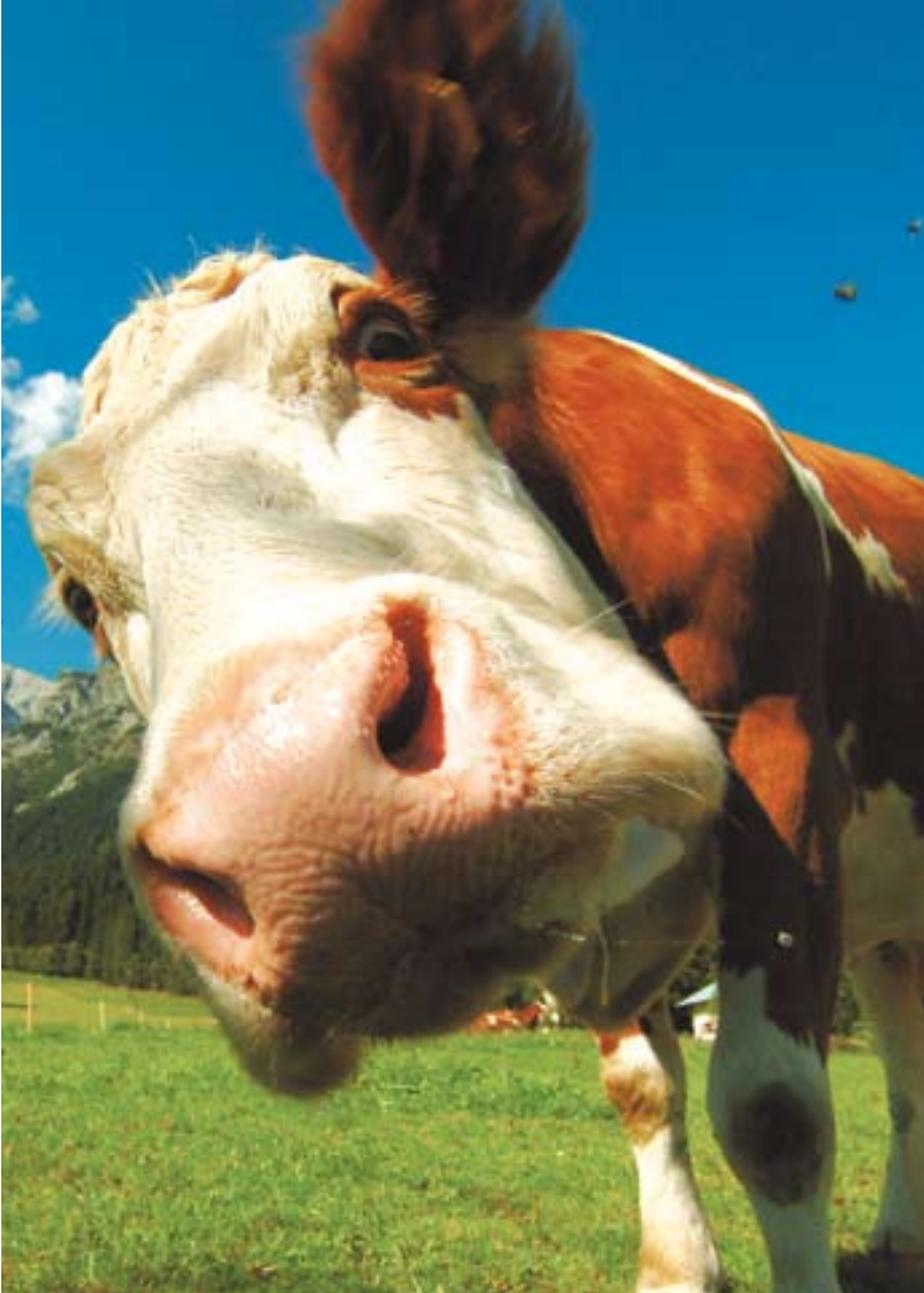
Gegen den Bauernbund statt blaugrüner Milchdeal

Wer die Milch der rot-weiß-roten Faironika der IG-Milch kauft, unterstützt heimische Bauern und Bäuerinnen mit zehn Cent pro Liter Milch. Laut Ernst Halbmayr von A Faire Milch haben sich an die 1000 Milchbauern und -bäuerinnen in der IG Milch zusammengeschlossen, um bessere Verträge mit den AbnehmerInnen auszuhandeln. Erhältlich ist die Milch nur bei einigen Supermarktketten.

Eine der Motivationen der IG Milch, eine neue Marke auf die Beine zu stellen, war, dass sich die Milchbauern durch den schwarzen Bauernbund nicht ausreichend vertreten fühlten. „Der Bauernbund hätte gerne den alleinigen Vertretungsanspruch.“, sagt Halbmayr. Vor allem aber kritisiert er, dass VertreterInnen des Bauernbundes auch Funktionäre der genossenschaftlichen Molkereien sind: „Sobald die dort sitzen, vertreten sie nicht mehr die Interessen der Bauern, sondern jene der Molkereien, und deren Interesse ist es, die Milch möglichst billig zu bekommen.“ Markus Habisch vom Bauernbund weist diese Kritik zurück: „Die Genossenschaften gehören den Bauern. Hier wird versucht, einen Keil in die Bauernschaft zu treiben.“ Laut Halbmayr müssten die Bauern 40 Cent pro Kilo Milch von den Molkereien bekommen, um kostendeckend arbeiten zu können. Derzeit sind es 30 Cent.



Nationale Logik: Milch aus Vorarlberg ist "näher" an Wien als Milch aus Tschechien.



A faire Milch: Den Kühen ist egal, wie viel ein Liter Milch kostet.

Die Kritik an der Politik des Bauernbundes und die Unterstützung für A faire Milch führten zu ungewohnten Allianzen. Ausgerechnet FPÖ und Grüne treffen sich hier. Seit Anfang des Jahres treffen grüne und blaue Bauern zum Beispiel in Oberösterreich gemeinsam mit dem Unabhängigen Bauernverband zu so genannten Bauernstammtischen zusammen. Sie finden nicht nur dort auch inhaltlich zueinander: Beide Parteien halten die IG Milch für eine gute Initiative. Und sind sich selbst in anderen landwirtschaftlichen Punkten einig. „Etwa bei der Gentechnik oder der Biolandwirtschaft“, sagt der freirechtliche Landwirtschaftssprecher Karlheinz Klement. Der grüne Landwirtschaftssprecher Wolfgang Pirkhuber sieht darin kein Problem. „Das ist auch bei der Anti-AKW-Politik der Fall“, so Pirkhuber.

Laut Halbmayr verkauft die Initiative mit der originellen Farbenlehre pro Woche

60.000 Liter Faire Milch in Österreich – das macht pro Person einen knappen halben Liter pro Jahr. Die Mehreinnahmen aus der Fairen Milch kommen auf ein Treuhandkonto und werden nach Ablauf des Jahres an jene der 1000 Bauern und Bäuerinnen verteilt, die die Abgabebedingungen eingehalten haben. Halbmayr schätzt, dass dabei etwa 500 Euro pro Betrieb herauschauen.

Milch aus Österreich Dass der Handel zum Großteil mit österreichischen Produkten versorgt werden sollte, teilt auch Markus Habisch vom Bauernbund. Und obwohl er die Initiative der IG Milch unterstützt, kritisiert er, dass diese auch ans Ausland Milch verkauft. „Hier fehlt es an Produktpatriotismus, obwohl Konsumentenpatriotismus verlangt wird“, so Habisch.

Ernst Halbmayr von A faire Milch kann diese Kritik nicht nachvollziehen. Schließ-

lich hätten die Bauern mit A faire Milch nur einen Kooperations- und keinen Abnahmevertrag. Der Vertrag regle lediglich, dass die Milch gentechnikfrei produziert werden muss, liefern könnten die Bauern dann, an wen sie wollen. Und viele Bauern in Grenzgebieten würden laut Halbmayr ihre Milch über die Grenzen liefern. Das stünde den Bauern auch zu. Immerhin gingen 20 Prozent der österreichischen Milchproduktion ohnehin in den Export und heimische Molkeereien würden schließlich auch Milch importieren.

Zur Frage, ob den KonsumentInnen der höhere Ertrag für die Bauern wichtiger sei, oder die Tatsache, dass es sich um heimische Milch handelt, glaubt Halbmayr, dass es eher das höhere Einkommen für die Bauern sei, das die ÖsterreicherInnen gerne mehr bezahlen lässt.

Damit bleibt aber die Frage, warum die faire Milch ausgerechnet mit nationalen Argumenten Politik zu machen versucht. Gerade für die Grünen wäre das naheliegendere Argument doch, den höheren Milchpreis (also mehr Geld für Bauern) mit dem Landschafts- und Umweltschutz zu erklären. Auch der Gedanke der regionalen Produktion unterstützt nicht unbedingt nationale Kategorien: Milch aus Mähren hat nach Wien eindeutig kürzere Lieferwege als etwa aus Vorarlberg. Dass Zweckallianzen aber leicht entgleisen können zeigte sich erst kürzlich, als linke und rechte DemonstrantInnen in Wien das Parlament mit einem rot-weiß-roten Band eingekreist und „eingeschnürt“ haben. Im Fall der IG Milch stellt sich damit die Frage: Muss a faire Milch a patriotische Milch sein?

Multikulti ist tot. Es lebe die neue Ethnifizierung sozialer Fragen.

MEDIEN UND MIGRATION

Kulturalisierte Konflikte

Wenn MigrantInnen andere MigrantInnen kritisieren, haben sie neuerdings gute Chancen, in großen Medien Raum zu bekommen. Auch ein Phänomen der Ethnifizierung von Politik.
Text: Gunnar Landsgeßell

Wussten Sie, dass es in Anatolien, also im Osten der Türkei, Kameltreiber gibt? Das finden Sie vielleicht noch nicht so schlimm, sofern Sie nicht die subtil angebotene Meinung teilen, dass Staaten mit solchen kulturellen Phänomenen eher nichts in der Europäischen Union verloren haben. Was aber, wenn sich diese Tierhüter in Österreich einfach zu Vorbetern ausrufen? Die Sorge über „irgendwelche Kameltreiber“, die sich hier zu Imamen ernennen, artikulierte kürzlich der erste Grüne Bundestagsabgeordnete mit Migrationshintergrund, Efgani Dönmez. Und erhielt breite mediale Resonanz. Schon war wieder der politische Islam im Spiel, das Minarett als „Symbol der Macht“, die Parallelgesellschaft und der „Deckmantel der Liberalität“. Recht neu daran ist aber, dass ein Migrant selbst diese Zitate zur Verfügung stellt. Große Medien schaufeln dafür ordentlich Platz frei.

Kulturen: Monolithische Blöcke? Nun mögen die Reaktionen auf Efgani Dönmez' Ansichten auseinander gehen, einige Empörung wie auch der Zuspruch von vielleicht unerwünschter Seite dürften dem Polit-Newcomer auf jeden Fall zuteil geworden sein. Interessanter ist aber, dass in jüngster Zeit MigrantInnen ganz bereitwillig Platz in Medien eingeräumt wurde, der ihnen bislang verwehrt blieb. Woran das liegt? Das wird schnell klar, wenn man sich die Themen ansieht, die ZuwanderInnen setzen dürfen. Zumeist geht es um Fragen, die keineswegs neu sind. Angelpunkt der Diskussionen ist

jeweils die Forderung nach „Integration“, als deren Schanier dann die kulturelle Verfasstheit der jeweiligen Gesellschaftsgruppe verstanden wird. Großes Interesse galt unlängst der deutschen Rechtsanwältin Seyran Ates, die in ihrem Buch „Der Multikulti-Irrtum“ nicht an markigen Statements spart: Multikulti bezeichnet sie als „organisierte Verantwortungslosigkeit“ und spricht von einer fehlgeleiteten Hoffnung, dass „im Schatten des Staates verschiedene Kulturen als Einzelkulturen friedlich nebeneinander existieren können.“ Schlagworte wie diese fanden bei Ates' Österreich-Besuch viele offene Ohren, während ihr Plädoyer für eine so genannte

Die Probleme, von denen MigrantInnen heute sprechen dürfen, sind keineswegs neu. NGOs versuchten seit Jahren, sie auf die Agenda zu setzen.

Transkulturalität – in der sich Kulturen zu „komplexeren“ Identitäten vermischen sollen – auf wenig Interesse stieß. Wie auch immer, ob Trans- oder Multikulturalität, oder auch Dönmez' Aufforderung zur kulturellen Wachsamkeit; letztlich finden MigrantInnen, die sich im Mainstream kritisch über andere MigrantInnen äußern dürfen, vor allem aus zwei Gründen Gehör. Erstens vertreten sie eine Auffassung von Kultur, die von monolithischen Einheiten ausgeht. Kulturen verhalten sich wie große Blöcke, die aneinander reiben; ein bisschen Staub bleibt am anderen hängen, letztlich wird aber immer befürcht-



Bild: Grüne

Grüner Bundestagsabgeordneter Efgani Dönmez

tet, dass der eigene Block zerrieben wird. Nachdem wir die Ständegesellschaft mit ihren (von Geburt her) unveränderlichen sozialen Ordnungen schon länger hinter uns gelassen haben und heute vielmehr innerhalb der (z.B. österreichischen) Gesellschaft sich ständig verschiebende kulturelle Differenzen erlebbar werden, ist das ein veraltetes und inadäquates Modell zur Erfassung der Realität. Es fragt sich: Wo bleibt der viel gerühmte Individualismus, der einzelne Mensch, in diesem kulturparadigmatischen Denken?



Autorin Seyran Ates: Spricht wichtige soziale Themen an, bleibt aber in kulturalisierenden Ansätzen stecken.

Soziale Konflikte: ethnifiziert Tagespolitisch schwerer wiegt der zweite Punkt: Die Probleme, von denen MigrantInnen nun über MigrantInnen sprechen dürfen, sind keineswegs neu – NGOs versuchten in den vergangenen Jahren immer wieder, sie auf die politische Agenda zu setzen. Zum Beispiel die Forderung nach StützlehrerInnen oder nach einem Vorschuljahr. Aus Mediensicht erschienen soziale Erklärungsmuster vielleicht nicht immer „sexy“ genug. Sofern aber Seyran Ates gesellschaftliche Probleme ethnifiziert, kommt das schon einer Garantie für Öffentlichkeit gleich. Denn: Heute muss alles unter dem Blickwinkel der Kultur, der Ethnie abgehandelt werden. Dann haben auch Konservative den Diskurs auf heimatischen Boden zurückgebracht. Und das Lamento über „den Islam“ kann weiterhin bequem in politisches Kleingeld umgewechselt werden. Ates oder auch der Grüne Dönmez werden eine unliebsame Vereinnahmung ihrer Positionen wohl oder übel in Kauf nehmen, während bislang unbekannte Persön-

lichkeiten die neuen medialen Räume nun auch zu nutzen wissen. So buhlt in einem Standard-Interview Emeka Assor, Gründer und Vorsitzender des „Vereins der konservativen Migranten“ offen um ein Ticket bei der ÖVP. Die Räumlichkeiten hat sie der Initiative schon zur Verfügung gestellt.

Die Gutmenschen-Falle Was aber steckt hinter den Multikulti-ist-tot-Sagern? Wozu auf eine Idee hinhauen, die schon seit längerer Zeit kaum noch FürsprecherInnen hat? Warum ein Gespenst für tot erklären? Das Kalkül ist recht einfach: Wer sich in der politischen Auseinandersetzung als gesellschaftliche Mitte präsentiert, ist mehrheitsfähig. Dafür ist es wichtig, Positionen links von der eigenen zu finden oder erfinden, und schon lässt sich postulieren, dass Religion politisch nicht missbraucht werden darf oder Toleranz auch Grenzen hat. Die Kulturalisierung sozialer Probleme hat Hochsaison, das Gespenst des Kulturkampfes geistert derart munter durch die Medien. Wer heute die Ethnisie-

rung von Kriminalität in Frage stellt und auf die soziale und ökonomische Dimension verweist, hat schlechte Karten. Dem wird schnell mit dem Vorwurf der Naivität oder Realitätsverweigerung gekontert. Die ethnische Karte sticht so gut wie nie zuvor. Tatsächlich aber erleben wir heute Probleme im Schulbereich oder am Arbeitsmarkt, auf die die Linke jahrelang hingewiesen hat. Ziemlich erfolglos. Einerseits verwies die schwarz-blaue Regierung in den vergangenen Jahren auf Sparpläne und kürzte sogar noch Lehrkräfte, andererseits eint eine sachpolitische Lösung die politischen Lager weit weniger wie ein gemeinsamer Feind. Gewissermaßen als nächster Schritt im Kulturalisierungsprozess sozialer Probleme treten nun also auch MigrantInnen gegen MigrantInnen quasi als unbestechliche ZeugInnen auf. In einer Tageszeitung richtet eine Mitarbeiterin der migrantischen Jugend-Illustrierten „Biber“ ZuwanderInnen aus, sie sollten ihre Aufmerksamkeit doch lieber auf gute Bildung statt auf Statussymbole richten. Das ist nicht ganz falsch, Bildung bringt einen sicherlich weiter als ein Spoiler am Auto oder ein Sneaker von Nike. Das Problem ist vielmehr das pauschalisierende Bild: es wird der Eindruck geweckt, dass MigrantInnen grundsätzlich an Bildung desinteressiert sind. Zudem: Würde die Tageszeitung auch auf die Idee kommen, ÖsterreicherInnen mit einem kulturalistischen Ansatz erklären lassen, dass sie statt dem fetten Auto oder dem noch fetteren Fleisch besser ihre Zeit in einen Ausbildungskurs stecken sollen?

08



KUNSTAUKTION 2008 ZUGUNSTEN VON **SOS MITMENSCH**

Vielen Dank an alle KünstlerInnen, KuratorInnen, MitarbeiterInnen, SponsorInnen und alle anderen, die zum Erfolg der Kunstauktion zugunsten von SOS MITMENSCH beigetragen haben.

Ruth Anderwald + Leonhard Grond, Iris Andraschek, Siegfried Anzinger, Antje Barnickel, Pirmin Blum, Catrin Bolt, Amina Broggi, Günter Brus, Anna Ceeh, Bernhard Cella, Heinz Cibulka, Plamen Dejanoff, Gunter Damisch, Nina Dick, Ines Doujak, Beatrice Dreux, Silvia Ederer, Christian Eisenberger, Manfred Erjautz, Valie EXPORT, Sissi Farassat, Thomas Feuerstein, Paul Flora, Georg Frauenschuh, G.R.A.M., Sonja Gangl, Vasilena Gankovska, Roland Goeschl, Michael Goldgruber, Birgit Graschopf, Michael Gumhold, Marlene Haring, Xenia Hausner, Caroline Heider, Richard Hoeck & John Miller, Sigggi Hofer, Christine und Irene Hohenbüchler, Barbara Holub, Michael Höpfner, Lisa Holzer, Edgar Honetschläger, Ursula Hübner, Christian Hutzinger, Nabila Irshaid, Robert Jelinek, Anna Jermolaewa, Susi Jirkuff, Werner Kaligofsky, Franz Kapfer, Karl-Heinz Klopf, Klub Zwei, Ronald Kodritsch, Peter Kogler, Zenita Komad, Krüger & Pardeller, Marie-Luise Lebschik, Sonia Leimer, Ulrike Lienbacher, Sonja Lixl, Felix Malnig, Anja Manfredi, Bele Marx & Gilles Mussard, Ursula Mayer, Michael Michlmayr, Gina Müller, Susi Müller,

VIELEN DANK

Flora Neuwirth, Gisela Neven Du Mont, Rita Nowak, Annelies Oberdanner, Oswald Oberhuber, Nick Oberthaler, Katherina Olschbaur, Ona B, Hanns Otte, Edith Payer, Micha Payer & Martin Gabriel, Barbara Philipp, Walter Pichler, Tobias Pils, Katrin Plavcak, Birgit Pleschberger, Lisl Ponger, Markus Prachensky, Wendelin Pressl, Markus Proschek, Andrea Ressi, Fiona Rukschcio, Katarina Schmidl, Walter Schmögner, Martin Schnur, Walter Seidl, Fabian Seiz, Margherita Spiluttini, Nina Rike Springer, Gisela Stiegler, Jutta Strohmaier, Ingeborg Strobl, Wolfgang Thaler, Gerhard Trumler, Christina Tsilidis, Eva Wagner, Manfred Walkolbinger, Herbert Willems, Otto Zitko, Gregor Zivic, Leo Zogmayer.



hsdebatte und Flüchtlinge. EM-affiner Kommentar von UNHCR-
er im Standard. <http://is.gd/sOp> 07:47 AM June 06, 2008 from [twhirl](#)

NGO-News

Open Space Konferenz Bleiberecht. Vorbereitung für Tag des
nts am 10. Oktober. Interessierte eingeladen. <http://is.gd/sOt> ... 07:24 AM
8 from [twhirl](#)

a gibt nach: Überraschende Einigung der EU -Innenminister auf
e in Schubhaft. Auch Verschlechterungen. <http://is.gd/sOp> 07:21 AM June
n [twhirl](#)

UYS-Verhandlung ggn Amt de
. War "Abschiebung" von Tsche
ne 04, 2008 from [twhirl](#)

ensiv aber sehenswert. Heute 20
r wird lokaler Fussballstar, soll a
n [twhirl](#)

Gezwitscher aus der Zivilgesellschaft

Mehrere NGOs, darunter Ärzte
ohne Grenzen, SOS Mitmensch
und Greenpeace betreiben
seit kurzem einen Channel im
Microblog Twitter.
www.twitter.com

NACHGEFRAGT IN OBERWART

Molotow-Cocktails gegen Roma

Kürzlich wurden bei gewaltsamen Angrif-
fen gegen Roma und Sinti in Neapel Hun-
derte Menschen vertrieben, deren Hüt-
ten abgeackelt. Die Pogrome erinnern an
das Rohrbombenattentat von Franz Fuchs,
bei dem 1995 in Oberwart vier Roma ge-
tötet wurden. Sind solche pogromartigen
Ausschreitungen auch in Österreich zu be-
fürchten? Andrea Härle, Geschäftsführerin
des Roma-Vereins „Romano Centro“, glaubt,

man könne die Situation in den beiden Län-
dern nicht vergleichen.

In Österreich gebe es schließlich nicht
solch große Roma-Siedlungen, wie sie in Ita-
lien Ziel für Übergriffe und Brandangriffe
werden. „Wen sollte in Österreich jemand
mit einem Molotow-Cocktail attackieren?“,
fragt Härle. Und ergänzt: Die meisten Roma
in Österreich würden gar nicht als solche
wahrgenommen, sondern einfach als Aus-

länder – so wie viele andere auch. Das At-
tentat von Oberwart habe dennoch gezeigt,
dass auch hierzulande ein Gewaltpotenzial
vorhanden sei. Auch wenn die damals ent-
standene Öffentlichkeit auch für positive
Veränderungen gesorgt hat, bestehe man-
cherorts immer noch eine feindliche Stim-
mung: Erst kürzlich hat in Oberwart eine
Diskothek den Zutritt für „Zigeuner“ ver-
boten. MW

Weltneuheit: Subversive Messe

In Linz, Kulturhauptstadt
Europas 2009, findet im
kommenden Frühjahr mit
der „Subversiv Messe“ die
weltweit erste Messe für Ge-
genkultur und Widerstands-
technologien statt. Derzeit
werden Aussteller gesucht.
Einreichschluss ist der 22.
Juli 2008. Nähere Informati-
onen unter:
www.subversivmesse.at

Bleiberecht jetzt auch online

Seit kurzem ist eine Web-
site online, die Interessierte
mit Nachrichten zum Thema
Bleiberecht versorgt. Betrie-
ben wird die Seite von Re-
dakteurInnen, die sich auf der
Bleiberechtskonferenz in Linz
Anfang Mai organisiert ha-
ben. Beiträge und Infos wer-
den von den BetreiberInnen
begrüßt.
www.bleiberecht.at

Amnesty International für Bleiberecht

Wie immer gab sich Amnesty
International bei der Präsen-
tation des Jahresberichtes
2008 zu innenpolitischen
Fragen eher zurückhaltend.
Doch in allen Medien mau-
serte sich der vierte von fünf
angesprochenen Punkten zur
Topmeldung: Amnesty fordert
eine Bleiberechtsregelung.
Auch bei Arigona Zogaj gebe
es noch Diskussionsbedarf.



Al-Chef Heinz Patzelt: Für Bleiberecht.
Bild: Amnesty International

NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Sozialarbeit: Der ganz normale Wahnsinn, Alltag in Wien.
Bild: Isabell Bickel



Komisches Spiel: Familien verschicken

Vor ein paar Tagen steht um sieben in der Früh eine Frau aus Tschetschenien mit ihren sieben Kindern bei mir vor der Tür. Die Fremdenpolizei war mitten in der Nacht gekommen und hatte die Familie innerhalb von Minuten einfach mitgenommen. Auch ohne ihren Ehemann, der nicht zu Hause war. Die haben sie nach Polen gebracht, weil sie über Polen in die EU geflüchtet waren. Sie sind dann offenbar gleich wieder nach Österreich zurück, ich weiß nicht wie die Frau mit ihren Kindern das geschafft hat. Die Familie hat davor in einer Pension in Bruck an der Mur gewohnt, die Kinder sind dort zur Schule gegangen. Bald hat sich herausgestellt, dass die Familie zu Unrecht abgeschoben worden ist und eh schon ein neues Aufnahmeverfahren gelaufen ist. Nur haben halt die zuständigen Beamten davon nichts gewusst. Stellen Sie sich das vor! Jetzt hat die Familie wieder eine Unterkunft gebraucht und der Fonds Soziales Wien wollt' sie dann einfach nach Traiskirchen weiter verschicken. Weil's ja ein neues Verfahren ist, wie mir der Beamte erklärt hat. Dass die Kinder schon länger in der Steiermark in der Schule waren, war denen egal. Ich ruf' also in Traiskirchen an und die sagen mir dort – während die Familie schon am Weg ist – dass die nach Graz gehört. Weil

das Verfahren in der Steiermark läuft. Beim Fonds Soziales Wien haben sie davon nix gewusst, oder es war ihnen egal. Vielleicht ist ja die Devise: bei Flüchtlingen ist es eh nicht so tragisch, wenn sie noch ein bisserl unterwegs sind.

Gemeindewohnung nur für Gesunde

In der Blindengasse wohnt eine fünfköpfige armenische Familie seit vier Jahren in einem Wohnheim. Die Kinder sind zwei Buben und ein Mädchen, 12, 15 und 16 Jahre alt und blitzg'scheit. Die gehen alle aufs Gymnasium und bringen gute Zeugnisse heim. Ihre Mutter ist todkrank. Sie hat Krebs und die Metastasen haben sich schon in die Schulterknochen ausgebreitet. Sie können sich denken, wie es ihr geht, jetzt ist sie in der Chemotherapie, übergibt sich auch immer wieder. Das Wohnheim hat der Familie wenigstens einen zweiten Raum zur Verfügung gestellt, damit die Frau besser gepflegt werden kann. Jetzt möchte die Frau, die große Angst hat zu sterben, ihrer Familie noch eine eigene Wohnung organisieren. Auf dem Wohnungsamt sagt man ihr aber, dass sie keine Wohnung bekommt, weil sie nicht arbeitsfähig ist. Haben Sie so was schon einmal gehört? Ich frag' mich: Wie sieht der Beamte aus, der einer todkranken Frau sagt: ‚Du stirbst eh gleich, was brauchst du noch eine Wohnung?‘ Ein Anruf

bei der „Sozialen Schiene“ beim Wohnungsamt gibt mir die Auskunft, dass es sich da um ein Missverständnis handeln muss. Wegen der Krankheit der Frau kann der Familie die Wohnung ja nicht verweigert werden. Vielleicht sei die Familie einfach noch nicht lange genug in Wien gemeldet und deswegen hätten sie noch keinen Anspruch auf eine Gemeindewohnung. Aber das hat auch nicht gestimmt. Ich hab' nachgefragt, die Familie ist seit über fünf Jahren in Wien gemeldet. Es war also reine Willkür des Wohnungsamtes der Frau ihren Antrag zu verweigern. Die Mitarbeiterin von der „Sozialen Schiene“ hat dann den Bezirksvorsteher angerufen. Der kennt die Familie, weil es eine Herzeigefamilie ist und hat versprochen, ihnen zu helfen. Die Chancen stehen also gut, dass die Familie eine Wohnung bekommt. Aber muss es so sein, dass man immer jemanden finden muss, der einem hilft? Solche Dinge müssen doch bitteschön auch von allein funktionieren. *aba*

P.S. Der Verein Ute Bock sucht eine/n Fundraiser/in. InteressentInnen melden sich bei:

Flüchtlingsprojekt Ute Bock
A-1020 Wien, Große Sperlgasse 4
Spenden:
Hypo Bank Tirol
Konto Nr. 520 110 174 99
Bankleitzahl 57000

POPULÄRKULTUR

BUCH

Portraits von Newcomern



Wolfgang Machreich kann richtig gut schreiben. Mit Leichtigkeit verschränkt der Furche-Redakteur kleine Beobachtung – Gesagtes und Gesehenes – zu stimmungsvollen Miniaturen. Entstanden sind zwölf präzise Bilder von Menschen, die nach Österreich gekommen sind, um zu bleiben. Manche schon richtig gelandet, manche einstweilen gestrandet. Fast könnte man annehmen, Machreich mache eigentlich Fernsehen. Das Ausgesprochene tritt in den Hintergrund; Bilder, Schnitt und Musikalität der Szenarien werden zu wesentlichen erzählerischen Mitteln. Doch das ist es nicht, was seine zwölf Portraits so lesenswert macht: dort wo der Autor das Wort ergreift, ist es von einer unverblühten Direktheit, einer nahezu naiven Unerschrockenheit, die Dinge beim Namen zu nennen. Machreich ist kein Ideologe, sein Kompass ist der respektvolle Umgang mit dem Menschen. Dieser unge-

trübte Blick abseits der gebräuchlichen Rezeptionsmuster ist die eigentliche Stärke von Machreichs Menschenbildern. So fügt er auch Begebenheiten ein, die kein vorteilhaftes Licht auf die Portraitierten werfen. Diese sind freilich in einer empathischen Perspektive aufgehoben, die dem festen Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse geschuldet ist: Wer ist oben und wer ist unten? Unter den Portraitierten finden sich auch einige MitstreiterInnen sowie Schützlinge von SOS Mitmensch. Leider haben noch nicht alle die Landeerlaubnis in Österreich bekommen.

Gestrandet oder Gelandet
Wie Integration gelingen kann. Menschenbilder und Strategien
Von Wolfgang Machreich
Molden Verlag, 2008
Gebunden, 192 Seiten, 20 Euro
ISBN-13: 978-3-85485-221-6
ISBN-10: 3-85485-221-5

BUCH

Anleitung zu Community Organizing



Organize-Ikone: Saul D. Alinsky

Anleitung zum Mächtigsein ist eine deutsche Zusammenfassung von zwei Klassikern des US-amerikanischen Community-Organizers Saul D. Alinsky. Ein sagenumwobener Aktivist mit Wurzeln in

der Chicagoer Schule der 30er Jahre, die eine sozialreformistische Strömung in die Soziologie brachte. Alinskys größter politischer Erfolg war eine Kampagne, die 1964 zur Gleichstellung von schwarzen Arbeitern bei Eastman Kodak in Rochester führte.

Anleitung zum Mächtigsein ist eine kurzweilige Anekdotensammlung, eine Spielanleitung für „Habenichtse“ zur Aneignung von Handlungsspielräumen. Alinsky hat sich dem Aufbau von „Bürgerorganisationen“ verschrieben, unter community organizing versteht man die Unterstützung von Ausgeschlossenen zur Selbstorganisation. Ideologisch wilderte der 1972 verstorbene dabei in der Katholischen Soziallehre genauso wie im Antifaschismus und bei den Gewerkschaftsbewegungen. Dieses Ideologie-Shopping wirkt für EuropäerInnen vielleicht etwas unstet, dürfte aber einem US-amerikanischen Pragmatismus geschuldet sein. Kann man über diese Beliebigkeit und eine gehörige Portion Selbstdarstellung hinwegsehen, ist Anleitung zum Mächtigsein das reine Lesevergnügen.

Anleitung zum Mächtigsein
Ausgewählte Schriften
Von Saul D. Alinsky
Lamuv Verlag, 1999
Taschenbuch, 188 Seiten, 10 Euro
ISBN-10: 3889775594
ISBN-13: 978-3889775597

BUCH

Wenn die Polizei sich öffnet

Die Rechte läuft Sturm gegen das Vorhaben der Wiener Polizei. Gemeinsam mit der Stadt Wien sollen bei gezielten Veranstaltungen MigrantInnen für den Polizeiberuf gewonnen werden.



Nachdem sich die Polizei in den 90er Jahren für Frauen geöffnet habe, müsse die Exekutive nun auch auf „diese Vielfalts-Realität reagieren“, meint Generalmajor Karl Mahrer. Schließlich hätten 30 Prozent der WienerInnen Migrationshintergrund, ein Anteil, von dem die Wiener Polizei weit entfernt sei.

Der Politologe Radostin Kaloianov geht der Frage nach dem sozialen Aufstieg von Minderheiten in „Affirmative Action für MigrantInnen?“ systematisch nach. Für ihn zielt das Programm zur Förderung von Minderheiten auf die Überwindung sozioökonomischer Ausgrenzung, rechtlicher Ungleichstellung und politischer Unsichtbarkeit. Dementsprechend seien strukturelle Maßnahmen am Arbeits-, Bildungs-, und Wohnungsmarkt notwendig. Affirmative Action für MigrantInnen ist ein Fachbuch, das auch für interessierte Laien lesbar ist.

Affirmative Action für MigrantInnen?
Am Beispiel Österreich
Von Radostin Kaloianov
Braumüller Verlag, 2008
Broschiert, 287 Seiten, 26 Euro
ISBN-10: 3700316372
ISBN-13: 978-3700316374

POPULÄRKULTUR

LISTEN

2 X 5 Dinge und sonst?

Menschen von SOS Mitmensch bringen zwei mal fünf Dinge für Sie in die richtige Reihenfolge.

Falls Sie mal aus Wien rauskommen und an Kunst interessiert sind:

- 1 Tokio Wonder Site Shibuya, Tokio
- 2 PICA, Portland Oregon
- 3 ExtraCity, Antwerpen
- 4 Skuc-Galerija, Lubljana
- 5 Camera Austria, Graz

Falls Sie mal nicht aus Wien raus kommen, meine 5 Anti-Cons-Lokale:

- 1 Fluc, Praterstern 5, 1020 Wien
- 2 7-Stern, Siebensterngasse 31, 1070 Wien
- 3 Europa, Zollergasse 8, 1070 Wien
- 4 El Gönner, Mariahilferstrasse 101, 1070 Wien
- 5 Blue Box, Richtergasse 8, 1070 Wien

Und sonst?

Probieren Sie mal Maki Animal-Style by Sosaku, Neustiftgasse 24, 1070 Wien.



Walter Seidl ist einer der KuratorInnen der Kunstauktion zu Gunsten SOS Mitmensch Bild: Jane Štravs

KONFERENZ: BURG SCHLAINING

Globale Armutsbekämpfung

Was verbirgt sich hinter dem globalen Kampf gegen die Armut? Auswege aus der Armutspirale oder westliche Kriegsstrategien? Das Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) hält heuer bereits zum 25. Mal die Internationale Sommerakademie ab. Auch diesmal wieder in der wunderbaren Atmosphäre der Burg Schlaining im Südburgenland. Thema diesmal: „Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd?“ Eine Woche lang werden ReferentInnen Antworten auf politische Strategien hinter diesem neuen, großen Topos diskutieren. U. a. Mohsen Massaratt von der Uni Osnabrück, Dieter Senghaas von der Uni Bremen, sowie die Nahost-Redakteurin Gudrun Harrer von Der Standard. Vom Sonntag, 6. Juli bis Freitag, 11. Juli 2008. Teilnahmegebühr 45 Euro für die ganze Woche.



White Wine Fashion

Freitag, 15. August 2008, ab 19 Uhr

WWW.CARNUNTUM-EXPERIENCE.COM
EIN KULTUREVENT IN AUSSERGEWÖHNLICHEM AMBIENTE
STEINBERG AM PFAFFENBERG, NÖ

carluntum

PAYR NADLER



Alles rund um Beruf und Weiterbildung.

Das waff Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung begleitet Sie, wenn Sie sich beruflich weiterentwickeln wollen.

Infos, Coaching, Bildungsberatung und Fördermöglichkeiten. Alles aus einer Hand und kostenfrei.

Speziell für **neu Zugewanderte:** Anerkennungs- und Weiterbildungsberatung und muttersprachliche Berufs-Erstinformation.

Einfach anrufen und Beratungstermin vereinbaren: **217 48 – 555**

Ein Fonds der Stadt **Wien**

Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds

www.waff.at



POPULÄRGESEHEN

DISCOTHEQUE

Einekrochen

Kids der Zweiten Generation sind Krocha, weil sie oft im Arbeitermilieu aufwachsen.

Nicht alles ist durch den Migrationshintergrund erklärbar.

Von Martin Schenk



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich
Illustration: Petja Dimitrova

Hallo, was ist denn da los? In Dancing Stars tanzt Herr Elmayer mit Neunkapperl, auf Ö3 läuft Werbung mit dem Slogan „Bam Oida“ und die Nachrichten haben „Krocha“ als Jugendszene entdeckt. BraQ, ich packs nicht.

Die Tanz- und Discoszene im Lehrlingsmilieu kündigte sich schon Ende 2006 an. Die Neunkapperl haben Krocha jetzt offenbar unübersehbar gemacht. „Prolos“ wurden Mainstream-tauglich. Eine konsumorientierte Freizeitszene mit Hauptschule und Poly sagt: Da sind wir!

Der soziale Status der Eltern ist bestimmend für das Krocha-Milieu, das sich in mehreren Preisklassen abspielt. Teure Marken können sich eher ältere Jugendliche mit kleinem Verdienst leisten. Sie krochen in der Floridsdorfer Großfeldsiedlung und in der Großraumdisco „Nachtschicht“. Die mit weniger Geld sind die Jüngerer und die Migrantenkids. Die billigen Neunkapperl und der Palästinenser-schal als Outfit prägten die zweite Krocha-Welle.

Das ist die günstigere Variante ohne teures Marken-kapperl. Einekrocht wird ins Liesinger Nachwerk und ins Dorian Gray in Favoriten.

In Wirklichkeit handelt es sich aber um die gleiche Szene. Lehrlinge aus dem sozioökonomisch „unteren“ Einkommensbereich definieren ihre Freizeit über Outfit, Sprache, Musik und Tanz. Sichtbar werden sie nicht nur in Großdiscos, sondern mangels Raum auf Parkplätzen, vor Schulen und in der U-Bahn. Verbindend ist der soziale Status: Hauptschule, Lehre, Beruf der Eltern, Wohn-gegend. Der Migrationshintergrund ist relevant – aber nur weil viele im Arbeitermilieu aufwachsen. Nicht alles ist immer durch den Migrationshintergrund erklärbar – was ist das überhaupt? Der neue Begriff für „Einmal Ausländer, immer Ausländer?“ Eine Art Bühnenbild, das man ewig mit sich herum-trägt wie einen Requisitenrucksack? Hey, dreh Dich mal um und zeig mir Deinen Migrationshin-tergrund! BraQ, Oida!

TALK TOGETHER !
Zeitung von und für MigrantInnen und Nicht- MigrantInnen

INFORMATIV – KREATIV – KRITISCH

- Wo andere wegschauen, schauen wir genauer hin
- Wir betrachten die Welt aus anderen Perspektiven

WIR BIETEN PLATZ

- auch für Ihre/Deine Beiträge



**TALK TOGETHER:
WIR SPRECHEN MITEINANDER**

www.talktogether.org

Talk Together erscheint viermal im Jahr.

Preis für ein Jahresabonnement inkl. Postversand:
in Österreich: € 12,00
im Ausland: € 15,00

Kontakt:
Verein Salzburg – Kommunikation & Kultur
Postfach 28, 5033 Salzburg, Österreich

E-mail:
Talk_Together@gmx.at
Tel: +43-650-6392919

Gerne schicken wir ein Probeexemplar!

Carnuntum Experience



Freitag, 15. bis Sonntag, 31. August 2008

ENTDECKEN. ERLEBEN. DURCHATMEN. GENIESSEN.

WWW.CARNUNTUM-EXPERIENCE.COM

carnuntum

POPULÄRKULTUR

FILM

Alarm in Alt Erlaa



Science-Fiction aus Österreich

In einer nicht näher definierten Zukunft: Hannah lebt in einer hypertrophen Wohnanlage, in der das Leben zwischen Sicherheitsdiensten und hochregulierten Wohneinheiten abläuft. Seit geraumer Zeit fühlt sie sich beobachtet – alles nur Paranoia? Schon bald entdeckt sie aber, dass ihre Vormieterin ermordet wurde. Hannah verstärkt ihre Nachforschungen, dringt in das dubiose Innere dieser großen Lebensmaschine ein. Wer weiß noch, wer die Wahrheit sagt und wer lügt? Weiße Lilien ist ein Science-Fiction-Thriller mit mysteriösen Bildarrangements, für die man den Regisseur Christian Frosch fast als österreichische Version des rätselhaften Bilderwerfers David Lynch halten könnte. Gedreht in der ehemals futuristischen Wohnanlage von Alt Erlaa in Wien 23. Mit Brigitte Hobmeier, Johanna Wokalek und Erni Mangold.

Weiße Lilien. Kinostart: 29.08.2008

FILM

Graz: Bettlerverordnung Hinter der politischen Fratze



Bistrita, Dorf in Rumänien

Der Wahlkampf 2008 in Graz wurde zu einer populistischen Schlacht, in der selbst eine Bettlerverordnung nicht schäbig genug erschien, um noch ein paar Stimmen abzukassieren. Die beiden Grazer Filmemacher Norbert Prettenthaler und Stefan Schmid waren drei Jahre lang zwischen Graz, Rumänien und Italien unterwegs, um die Hintergründe zu dieser Politik zu beleuchten. Als roter Faden durch den Film führen die Roma-Geschwister Anna-Maria und Marius. Prettenthaler und Schmid begleiten die beiden Teenager filmisch sowohl beim Musizieren mit dem Akkordeon in der Grazer Innenstadt als auch im Kreis ihrer Familie im rumänischen Heimatdorf Bistrita. Den beiden Filmemachern gelingt dabei das Kunststück, die politisch-juristische Diskussion um das Bettelverbot in ein facettenreiches Portrait einzubetten.

Bare Droma - Nice Move ist im Wiener Top-Kino an abwechselnden Tagen zu sehen.



ÖBV
Meine Versicherung

ServiceTel: (kostenlos)
0800/20 11 30
mail@oebv.com

www.oebv.com

Von Mensch zu Mensch

Die ÖBV ist die Versicherung für den öffentlichen Dienst. Solidarität und soziale Verantwortung sind uns die wichtigsten Werte. **Unser Angebot ist nicht nur für Beamte, sondern für alle da – auch für Sie!**



Mit der ÖBV durchs Leben

Play Fair 2008 ist eine gemeinsame Kampagne von:
CLEAN CLOTHES **OGB** **volkshilfe** **ÖSTERREICH**
Kampagne für faire Arbeitsbedingungen weltweit



PLAY FAIR

Bei der Herstellung Ihrer Sportbekleidung werden täglich Menschen- und Arbeitsrechte verletzt. Das muss nicht so sein. Setzen Sie sich für faire Arbeitsbedingungen in der Sportbekleidungsindustrie ein und unterschreiben Sie die Play Fair-Petition! Senden Sie ein SMS mit dem Text „Play Fair“ und Ihrem Namen an 0699 115 33 137 oder unterschreiben Sie online unter www.cleanclothes.at/playfair



SPOTLIGHT

WILDPLAKATIEREN

Uns wird es immer geben!

Die Stadt Wien hat Wildplakatieren kriminalisiert und der gemeindenahen Firma Kulturplakat ein Quasi-Monopol übertragen. Wildplakatierer Gerhard über den täglichen Kampf um den öffentlichen Raum. Text: Andreas Bachmann, Bild: Bernhard Kummer

Gerhard ist niemand, der den Schutz der Dunkelheit sucht. „Ich gehe nur am Tag raus, da ist es sicher.“, sagt der 41-jährige Wildplakatierer aus Wien. Nachts dagegen lande man schnell mal in einem Scheinwerferkegel und werde aufgegriffen. „Tagsüber trauen sich die Polizisten nicht, hart durchzugreifen“, spricht Gerhard aus zehn Jahren Berufserfahrung als Plakatierer auf den Straßen Wiens. Die Passanten wirken als Schutzschild für den drahtigen Mann mit den Dreadlocks und dem Eimer voll Leim, der am Lenker seines Fahrrads baumelt. Dennoch wurde er schon wiederholt angezeigt. Für das wilde Kleben von Plakaten war beim letzten Mal eine Verwaltungsstrafe von 140 Euro fällig. „Beim nächsten Mal werden es 200 sein.“, sagt er und meint dennoch, „Ich lebe nicht schlecht von der Plakatkleberei.“

Ginge es nach der Stadt Wien und der Werbefirma Gewista wären Leute wie Gerhard beschäftigungslos. Die Gewista hat mit ihrer Tochterfirma Kulturplakat den Markt der Plakatierer in Wien an sich gerissen. Stadtweit wurden Ende vergangenen Jahres rund 5000 Halbschalen an Strommasten und Laternen angebracht. Seit Jänner sollen Plakate ausschließlich hier geklebt werden, das wilde Plakatieren an Stromkästen und verlassenen Geschäftsauslagen wurde zugleich kriminalisiert. Die Plakatflächen werden nun zentral von der Kulturplakat GmbH vermarktet. Die verlangt pro Plakat und Woche 3,95 Euro. Mindestens 200 Plakate müssen allerdings gebucht werden, womit sich die Kosten schnell auf mehrere hundert Euro summieren. Vor allem kleinere unabhängige Kulturbetriebe oder politische Initiativen können solche Beträge kaum aufbringen



Plakatierer in freier Wildbahn.

und drohen aus dem öffentlichen Raum zu verschwinden.

„Das Schlimme ist, dass hier eine Firma ein ganzes Geschäft einbehält – und das mit dem Segen der Stadt.“, ärgert sich Gerhard. Wer seine Ankündigungen weiter von Wildplakatierern affizieren lässt, hängt nicht lange. Dafür sorgen die Stadt und die Kulturplakat GmbH. Veranstalter werden damit förmlich gezwungen, bei Kulturplakat zu buchen, ehemals freie Plakatierer dürften nur

noch im Auftrag der Kulturplakat kleben. Dessen Chef Josef „Muff“ Sopper, selbst ein Ex-Wildplakatierer, brüstet sich damit, „90 Prozent“ der wilden Plakatierer unter sein Dach gebracht zu haben. Der Geschäftsführer des Musiklokals Planet Music, der demnächst die stadteigenen Veranstaltungsorte Gasometer und Szene Wien übernehmen darf, besitzt damit ein Quasi-Monopol für Kulturwerbung in der Stadt.

Dass Sopper Leute wie Gerhard aus dem Geschäft zu drängen versucht, darüber kann der nur den Kopf schütteln. Sein Revier ist der Gürtel in Höhe des 16. Bezirks und Teile der Innenstadt. Gerhard ist immer mit dem Fahrrad unterwegs, mit seinem prekären Beschäftigungsverhältnis jahrelang auch ohne Krankenversicherung. Erst unlängst nahm ihn ein unachtsamer Autofahrer auf die Hörner – zum Glück ohne Knochenbruch.

Von 2000 an arbeitete er sechs Jahre als Flüchtlingshelfer für den „Flughafen-Sozialdienst“, inzwischen studiert er wieder an der Universität Wien Landschaftsbau. Wer bei ihm Plakatwerbung bucht, zahlt nur einen Bruchteil dessen, was bei Kulturplakat verlangt wird. Und mit sich reden lässt Gerhard auch. „Bei politischen Initiativen mache ich es auch ohne Bezahlung.“ Heute vermisst er bei vielen Kollegen ein kritisches Bewusstsein. „Oft wird achtlos überklebt“, klagt er, „aber Plakate mit politischen Inhalten überklebe ich grundsätzlich nicht.“ Dennoch ist das wilde Plakatieren für ihn „keine Kunst, sondern ein mieser Job“, bei dem es darum geht, „Geld für den Lebensunterhalt aufzustellen“. Und das Wildplakatieren? „Das wird es immer geben. Auch weil es genügend Kulturträger gibt, die die Preise der Gewista nicht zahlen möchten.“



„Wer in Niederösterreich etwas anstellt, muss eben auch mit dem Schlimmsten rechnen.“

Landeshauptmann Erwin Pröll über die
Todesschüsse von Polizisten auf unbe-
waffnete Verdächtige. 23. April 2008.



SOS MITMENSCH

WAS WURDE EIGENTLICH AUS....

dem Asylgerichtshof?

Es gehe keineswegs um kurzen Prozess, beteuerte Bundeskanzler Alfred Gusenbauer nach der Beschlussfassung, einen neuen Asylgerichtshof einzurichten. Die Qualität der Verfahren bleibe gewährleistet. Kurz darauf sollte aber ausgerechnet jenem Richter der Schritt in den neuen Gerichtshof verweigert werden, der in der Vorgänger-Institution UBAS (Unabhängiger Verwaltungssenat) die niedrigste Fehlerquote bei seinen Entscheidungen aufwies. Von keinem anderen Richter hat die Berufungsinstanz so wenige Urteile aufgehoben wie vom Asylspezialisten Josef Rohrböck.

Vielleicht gilt Rohrböck den Verantwortlichen als zu genau. Immerhin war er der Erste, der AsylwerberInnen im Berufungsverfahren persönlich anhörte, anstatt wieder die alten Gesprächsprotokolle für die zweite Entscheidungsfindung heranzuziehen. Rohrböck meldete sich aber auch zu Wort, als UBAS-Präsident Harald Perl eine Geldprämie für die „raschere“ Erledigung von Asyl-Fällen einführte. Der Richter kritisierte das scharf. Die Maßnahme kam dennoch – und zeigte Wirkung. Einige Senatsmitglieder „schafften“ Hunderte von Fällen in nur wenigen Monaten. Und UBAS-Präsident Perl wurde von Innenminister Platter zum Chef des neuen Asylgerichtshofes gemacht.

Kanzler rudert zurück Für BeobachterInnen kam diese Berufung nicht überraschend. Schon bevor der Asylgerichtshof im Parlament beschlossen wurde, hatte noch ein Parlaments-Hearing stattgefunden. Vom UNHCR-Vertreter bis zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes hatten die geladenen Experten massive Kritik am geringen Rechtsschutz für Asylsuchende geübt. Allein Perl wollte sich dem Befund nicht anschließen.

Der Jurist, dem kaum jemand seine Fachkompetenzen abspricht, sitzt auf einem



Bundeskanzler Gusenbauer: Ließ nach vielfachem Druck doch den besten Richter zum Asylgerichtshof zu. Bild: Christian Müller

SPÖ-Ticket. Schon in den 90er Jahren war er Kabinettsmitglied von Franz Vranitzky. Und die Initiative zum Asylgerichtshof, wurde – anders als sonst üblich – von Gusenbauers Kanzlerkabinett ausgearbeitet. Das schwören zumindest Platters Gewährsleute.

Aber zurück zum Fall Rohrböck. Dieser hatte auf seine Nichtbestellung damit reagiert, die SOS-Vorsitzende Nadja Lorenz um rechtliche Vertretung zu ersuchen. Währenddessen schalteten sich auch prominente FürsprecherInnen für Rohrböck ein, etwa Manfred Nowak, der Leiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für Menschenrechte. Fast schon drohte der Start des Asylgerichtshofs von der Causa Rohrböck überlagert zu werden. Dass das großzügige Angebot dann aus der Entourage Gusenbauers kam, verwundert also nicht. Er ließ in einem Telefonat ausrichten: „Wenn die öffentliche Kritik eingestellt wird, dann wird Rohrböck doch übernommen.“ Soll man sich jetzt über den Ausgang dieser Geschichte freuen? Sicherlich. Es ist gut, dass unbestechliche RichterInnen wie Josef Rohrböck im Asylgerichtshof sitzen. Dass zunächst viele RichterInnen ihren Hofknicks machten, um nicht Rohrböcks Risiko zu teilen, ist aber ein ordentlicher Wermutstropfen. *phs*

Hohe Latte für Platters Integration

25 NGOs, darunter Diakonie, Romano-Centro, asylkoordination und SOS Mitmensch legen die Latte hoch. Ihr Beitrag zur Integrationsdebatte, ein Ende Mai präsentierter Maßnahmenkatalog, fordert die Umsetzung von drei Säulen: Gleichberechtigung, Chancengleichheit und Vielfalt. *phs*

www.sosmitmensch.at/stories/1970

Prozess wegen „präventiver“ Abschiebung

Am 4. Juni startete die Verhandlung gegen das Amt der Kärntner Landesregierung vor dem Unabhängigen Verwaltungssenat Klagenfurt. Geklärt wird, ob die „präventive“ Abschiebung von tschetschenischen Flüchtlingen aus der Kärntner Grundversorgung rechtmäßig war. SOS Mitmensch und ASPIS haben überdies Strafanzeige gegen LH Haider eingebracht. *phs*

ÖVP gegen rassistische Beschmierungen?

Am Stadtfest der ÖVP lief heuer auf überdimensionalen Bildschirmen ein Spot von SOS Mitmensch gegen rassistische Beschmierungen. Unterstützt die ÖVP antirassistische Kampagnen? Möglich wurde die Ausstrahlung durch eine gemeinnützige Schaltung der Citychannel GmbH. Danke dafür! *phs*

www.youtube.com/rassismusstreichen



Bild: Marcell Nimführ

Rassistische Beschmierungen: Spot auf Stadtfest

ANDERE ÜBER...

REFORMBEDARF

Polizeiapparat auf Systemfehler untersuchen

Franz Schnabl, Präsident des Arbeiter-Samariter-Bundes, fragt, warum der geplante Reformprozess des Polizeiapparates noch immer auf Eis liegt. Und er vermisst Worte des Bedauerns.



Illustration: Petja Dimitrova

Falscher Polizist bei Überfall von richtiger Polizei erschossen“ – eine Schlagzeile, die vor ein paar Wochen die Arbeit der Exekutive ins mediale Rampenlicht rückte. Die Frage „Wer ist schuld am Tod des Mannes?“ wurde vielfach gestellt. Aber soll dieser tragische Vorfall auf die Schuldfrage reduziert werden? Sollte nicht der dahinter liegende Behördenapparat einmal genauer hinterfragt und mögliche Systemfehler analysiert werden?

Es wäre meiner Meinung nach falsch, als Außenstehender in dieser konkreten Causa ein Urteil abzugeben. Hier ist jetzt die Justiz am Zug – unabhängige Gerichte haben darüber zu entscheiden. Das Vorgehen in ein laufendes Verfahren lehne ich ab!

Leitbildprozess auf Eis gelegt Sehr wohl ist es aber angebracht, derzeitige Entwicklungen in der Polizei aufzuzeigen. Noch vor der Jahrtausendwende wurde der vielversprechende, in der Geschichte der österreichischen Exekutive einzigartige Leitbildprozess unter dem Titel „Polizei 2000“ ins Leben gerufen. Schlagworte wie „der Mensch im Mittelpunkt - Sicherheit und Hilfe“ sowie „Mitarbeiter führen durch Überzeugung“ fanden sich darin. Vom Streifenpolizisten bis zum Polizeidirektor waren Hunderte Mitarbeiter involviert – gemeinsam wurde mit viel Engagement an einem innovativen und zukunftstauglichen Leitbild gearbeitet.

Nach dem Regierungswechsel wurde der Leitbildprozess auf Eis gelegt. Eine neue „Philosophie“ kehrte ein: Die Grundausbildung wurde verkürzt, die notwendige, berufsbegleitende Fortbildung eingeschränkt, es gibt weniger Aufstiegsmöglich-

keiten und dadurch vermehrten Konkurrenzkampf. Zudem hat die Anzahl der Exekutivbeamten in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. Ein Hauptmanko ist, dass Beamte auf Stresssituationen kaum vorbereitet werden. Im Bruchteil von Sekunden müssen weitreichende Entscheidungen gefällt werden. Ohne regelmäßige Übung ein fast unmögliches Unterfangen.

„Wer ist schuld am Tod des Mannes?“ Aber soll dieser tragische Vorfall auf die Schuldfrage reduziert werden? Sollte nicht der dahinter liegende Behördenapparat einmal genauer hinterfragt und mögliche Systemfehler analysiert werden?

Kein Wort des Bedauerns Kurz gesagt, der Arbeitsdruck auf den einzelnen Beamten hat massiv zugenommen. Mit Bedauern muss ich feststellen: Vieles, was in dem vielversprechenden Leitbild von einst stand, ist nie umgesetzt worden. Im Gegenteil: Zukunftsweisende Ideen wurden zur reinen Makulatur. Der Mensch steht schon lange nicht mehr im Mittelpunkt. Doch gerade in einer Zeit, die vor enormen gesellschaftspolitischen Herausforderungen steht, bedarf es einer klar kommunizierten Wertsicherung und einer Ausbildung, die auf die vielfältigen Problemlagen eingeht. Und Menschen, die diese notwendige Grundhaltung auch vorleben.

Ich frage mich nur, welche Zeichen werden jetzt gesetzt, wenn nach so einem Vorfall aus dem Innenressort kein Wort des Bedauerns zu hören ist.

ZUR PERSON

Franz Schnabl

Franz Schnabl war bis zum Jahr 2000 General der Wiener Sicherheitswache und wurde nach dem nationalkonservativen Regierungswechsel seines Postens enthoben. Dass Schnabl in einem Interview erzählt hatte, er bringe seine Tochter zu Demonstrationen gegen Schwarz-Blau, hatte offiziell nichts mit Schnabls Abbestellung zu tun. Im Jahr 2002 trat der ehemals oberste Polizist Wiens als Sicherheitschef bei Magna International Europe an. Seit dem Jahr 2004 ist er Präsident des Arbeiter-Samariter-Bundes Österreich.

Ö1 DER FESTSPIELESENDER
OE1.ORF.AT DAS FESTSPIELNETZ

Die Presse

NOVOMATIC
GROUP OF COMPANIES



Bleiberecht

■ **Rechtskultur statt politischer Willkür!**

*Wir fordern eine menschenrechtskonforme Bleibe-
rechtsregelung mit Antragsrecht und Instanzenzug.*

■ **Hier verwurzelt, hier geblieben!**

*Die Familie Berisha, die Ganijjs, Dennis, Arigona und alle
anderen die über fünf Jahre hier sind, können bleiben.*

■ **Fairness als Prinzip, Menschenrechte achten!**

*Kurswechsel in der Fremdenpolitik: Wir wollen eine menschliche
und vernünftige Politik, die sachgerechte und rechtskonforme Lö-
sungen anstrebt.*

Am 10. Oktober 08 findet der österreichweite
Tag des Bleiberechts statt. Im ganzen Land wer-
den Privatpersonen, Betroffene, Bürgerinitiativen und
NGOs für ein Bleiberecht eintreten.

Watch out for activities
and get involved!

www.bleiberecht.at

www.sosmitmensch.at

